

# Konferenzpräsident

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreißundstr. 3

68. Jahrgang

Berlin, den 26. Juli 1930

Nummer 60

### Technischer Diskussionskursus

Aus einem empfundenen Mangel heraus, daß es in den verschiedenen Buchdrucker-Veranstaltungen an wirklich geeigneter und wertvoller Diskussionsgestaltung fehlt, hatte sich in Nürnberg in diesem Jahre an der Fachschule für Buchgewerbe und Graphik eine kleine Schar von Kollegen unter der Leitung des Kollegen Gewerbeschulelehrer Gottlieb Fischer zu einer Arbeitsgemeinschaft in Abendkursen zusammengefunden, die sich äußerst nützlich und fruchtbringend für die teilnehmenden Kollegen gestaltete! Dadurch, daß sich der Diskussionskursus in einer den buchdrucker-technischen Aufgaben Rechnung tragenden Linie bewegte und keine überflüssigen Ziele der Redekunst anstrebte, wurden die Diskussionsabende zu Stunden wertvollen, kollegialen Schaffens.

Folgender Aufbau des Stoffgebietes möge einen kleinen Einblick in diese Arbeit, zum Zwecke der Nachahmung, gewähren. Ausgehend von einer gewissen Redepflicht zur Klärung grundsätzlicher Gedanken ist es jedoch notwendig, um nicht Unstimmigkeit hervorzurufen, daß das rechte Maß der Rede abgedeutet gefunden wird. Dabei kam man zu der Überlegung, daß auch Schweigen in überholten und schon betonten Fällen geübt werden müsse. Ist die Notwendigkeit zu einer Rede gegeben, so bewege man sich in natürlichen und gewählten Wortwendungen. Die Bereicherung des Wortschatzes durch vieles Lesen und Hören wird somit zu einem wichtigen Faktor für einen Redner. Besonderes Gewicht wurde auf die Überwindung feilscher Hemmungen, wie sie Redangst und Minderwertigkeitsgefühl darstellen, gelegt. An kleinen, leicht zu erzielenden, plägierte man Betonung und Aussprache. Zugleich wurde für die Zuhörer das richtige Hören zur Einstellung auf Kritik und Diskussion empfohlen. Eingehend behandelte man zur wirkungsvollen Redegestaltung die Konzentration. Es darf nur auf das Wesentliche eingegangen werden, außerdem sollte man sich in seiner Redeführung eines Zweckes in variierender Form bedienen. Die Vorbereitungen zu einem Vortrag spielen für dessen Gelingen eine wichtige Rolle. Ein Vortragender muß über zeitliche und örtliche Verhältnisse sowie über seinen Hörerkreis wohl informiert sein. Die verschiedenen Hörertypen muß er kennen, um dadurch um so leichter in innere Verbindung mit seinem Hörerkreis treten zu können. Ausdruck, Haltung und Kleidung der Hörer sowohl als auch des Redners sind von wesentlichem Einfluß. Redetempo und Aussprache müssen wohlüberlegt und prägnant sein. Hingzu kommt der Gedankenaufbau des Vortrages, seine Ankündigung und seine Stoffbehandlung in bezug auf Zusammenfassung und Verarbeitungen. In der Ausarbeitung kleiner Referate wurde das besonders geübt. Zum Vortrag selbst hat sich die Stichwortmethode und die damit verbundene freie Rede als am geeignetsten erwiesen, während Ablesen und Auswendiglernen sehr nachteilig in der Wirkung blieben. Dabei darf es an Klarheit des Ausdrucks nicht fehlen und das Streben muß auf Vermeidung langatmiger Schachtelsätze gerichtet sein. Auch wurden weitere Hemmungen, die den freien Redner anfallen, behandelt. Erinnerung sei an das momentane Verlangen des Gedächtnisses, an Aufregung, Zwischenrufe und unvorhergesehene äußere Einflüsse. Die Vortragshinweise gaben zu solchen Beobachtungen Gelegenheit, deshalb wurde auf innere Sammlung, Selbstbeherrschung, Selbstmut bei Zwischenrufen usw. hingearbeitet. Das Selbstbewußtsein des Vortragenden muß durch Beherrschung des Vortragstoffes gestärkt sein. Die Diskussionsfragen nahmen einen breiten Raum ein. Wann und wie soll diskutiert werden? Einmal wenn Bedeutendes noch zu sagen ist, zum andermal mit Vorsicht und Sachlichkeit. Widerlegungen sind unter Beweisführung zu stellen, Gegner muß man ruhig anhören können, die eigenen Gründe sind eindeutig vorzubringen, doch darf man nicht unfehlbar sein wollen und auch nicht persönlich werden. Des weiteren wurden Besprechungen kleiner Fachaufsätze durchgeführt und in freier Rede dazu Stellung genommen. Auch wurde an praktischen Beispielen der Verkehr des Buchdruckers mit seiner Kundschaft behandelt.

Die Vortragshinweise waren berufstechnischer, organisatorischer und allgemeiner Art. Hingzu kamen Übungen im Protokollschreiben. Das Ergebnis eines jeweiligen Abends wurde von einem dazu bestimmten Teilnehmer niedergelegt. Außerdem wurden ohne vorherige Vorbereitung Versammlungsleitungen durch Wahl eines Vorstandes betätigt. So entwickelte sich ein reiches Schaffen, das sich zahlenmäßig etwa auf zwei Dutzend Vorträge kleineren

und größeren Formates und ebensoviel Druckfachbesprechungen belief. Einen Glanzpunkt in der Mitte und am Ende dieser Abende bildeten zwei Veranstaltungen humoristischer Art. Der Inhalt des ganzen Schaffens wurde dort in gemühtlichem Zusammensein satirisch ironisiert, so daß gleichsam jeder Teilnehmer sich selbst und die andern wie in einem Spiegel schauen konnte. So wurde der Extrakt in dieser sehr einprägsamen Form als eine bleibende, freundliche Erinnerung in jedem festgelegt.

Der Erfolg dieses Kurses ist darin zu sehen, daß sich die Arbeitstracht stärkte und eine Erkenntnisbereicherung für die Eigenarbeit zeitigte. Es wurden Probleme aufgerollt, die für den einzelnen wie für die Gesamtheit, für ihre engere und allgemeine Berufsbildung von außerordentlichem Wert waren. Ein Weiteres kommt hinzu, daß in einer solchen Arbeitsgemeinschaft, die des Berufsganges erfaßt, eine Hebung des Verständnisses für alle Berufszweige erfolgt und dadurch der Geist der inneren kollegialen Verbundenheit gefördert wird. Gerade deshalb sind derartige technische Arbeitsgemeinschaften allerorts nur zu empfehlen.

Nürnberg.

B.

### Zur Rechtschreibfrage

In einem umfangreichen Aufsatz „Rechtschreibung und Schule“ in den „Neuen Pädagogischen Studien“ vertritt sich Oberstudienrat Bickert (Darmstadt) auch über die Groß- und Kleinschreibung und tabelt manche Äußerungen in der Regelbücher, die die Großschreibung des Dingwortes, diese durchaus vernünftige Sache, in Verzug gebracht haben. Er warnt aber davor, die Großschreibung der Dingwörter zu beseitigen und sagt dazu u. a.:

Die Großschreibung der Dingwörter muß anders betrachtet werden, als ihre Bekämpfer es tun. In geistigen Leben spielen die Dinge eine hervorragende Rolle; für den Aufstieg des Menschengeistes wie für die Entwicklung des Kindes, sind sie von hoher Bedeutung; welche Wichtigkeit haben die Dingbegriffe in der Arbeit des Forschers! Im Sinne gibt den Träger einer Eigenschaft, den Urheber eines Vorganges gewöhnlich ein Dingwort an. Ein andres Mal ist es: nicht, sogenannter Sachgegenstand, sondern Ergänzung und bezeichnet das Ding, auf das sich eine Tätigkeit erstreckt. Ein Heer von Verhältniswörtern und Bindewörtern deutet Beziehungen zwischen Dingen an: Angst vor Schmerz, Liebe zu Volk und Vaterland. So kommt es, daß häufiger ein Dingwort zu betonen ist, als irgend ein andres, und daß dicht hinter dem Dingwort gewöhnlich eine Redepause stattfindet (eine Tatsache, auf die La m e r y aufmerksam gemacht hat): Das Kind ... sprang mit dem Hund ... über die Wiese. Wenn unser Blick auf eine Druckseite fällt, so wird er durch die großen Anfangsbuchstaben sofort auf die Dingwörter gelenkt, und weil sie die inhaltlich bedeutendsten Wörter sind, so merkt man im Nu, wovon auf der Seite die Rede ist. Man mache diesen Versuch mit einer Zeitung oder einem Buch! Das Auffinden dessen, was man sucht, wird dadurch beträchtlich erleichtert. Man spürt den Unterschied, wenn man dann ein ohne Großschreibung gedrucktes Buch ebenso überfliegt. Das ist ungenau wichtig, weil wir B i e l e r e sind; was wir täglich an Lesestoff bewältigen müssen, das fällt ehenals die Woche aus, ja den Monat. Darum ist es auch ganz begrifflich, daß man zur Großschreibung des Dingwortes nicht schon im Mittelalter kam. Leider hat diese Änderung der Umstände sogar ein F a t o b e r i m nicht beachtet. Den Fortschritt, der mit der Heraushebung des Dingwortes geschehen war, erkannte er so wenig wie die größere Zweckmäßigkeit der deutschen Schrift; beidesmal verneinte er die gesunde Entwicklung und sprang in romantischer Gesinnung über die letzten Jahrhunderte zurück ins Mittelalter.

Über die andern Sprachen kommen ohne Großschreibung aus! Auch das ist für uns ohne Belang. Wir haben eine mannigfaltige Wortfolge. Ob das wahre suchen chercher le vrai sei oder le vrai chercher, das sagt unsern Augen nur die Großschreibung, die dem Engländer und Franzosen entbehrlich ist, weil sie die Ergänzung nachstellen. Eine solche Annahme von Dingwörtern, die in derselben Lautgestalt auch Eigenschafts- und Zeitwörter sein können, hat der Franzose nicht; Rede, rede, Gaben, Gaben, Treue, treue, Liebe, liebe. Einen beigestimmten Besatz fehlt der Franzose nicht vor; uns aber erweist die Großschreibung eine Wohlthat, wenn man liest: von der Mächtigen Gunst

getragen, oder: von der mächtigen Gunst getragen. Wahrscheinlich! Als die Schriftsteller des 17. und 18. Jahrhunderts die Großschreibung durchführten, da waren sie gerade so auf richtigem Wege wie die Deutschen, als sie den Humanisten nicht folgten und nicht von der Fraktur abfielen! Aber wird nicht der Vorteil fürs Lesen dadurch aufgehoben, daß in gleichem Maße das Schreiben belastet wird? Nein! Auch der fruchtbarste Schriftsteller liest tausendmal so viel Seiten als er schreibt; er genießt also weit mehr Förderung als Hemmung; bei den meisten Menschen aber ist das, was sie zu schreiben haben, winzig wenig im Vergleich zu dem, was sie lesen. Wenn wir die Großschreibung aus ihrer jetzigen Verschrobenheit erlösen haben, dann hat sie nichts Widerwärtiges mehr. Dann ist sie dem Lehrer eine treffliche Hilfe, dem Schreiber aber durchaus keine Fessel.

Angesichts der Kapriolen mancher Verfechter der Kleinschreibung schienen uns vorstehende Darlegungen des Darmstädter Fachgelehrten zur Aufrechterhaltung des Sprachgewissens beachtlich und lesenswert. S c h r i f t l e i t u n g.

### Theorie und Praxis

KPD-Betrieb entläßt Betriebsrat fristlos.

Am 19. Juni wurde den Betriebsräten der Druckerei-Genossenschaft e. G. m. b. H., Stuttgart („Süddeutsche Arbeiter-Zeitung“), die fristlose Entlassung angekündigt. Das Ründigungsschreiben spricht davon, daß der Betriebsrat „ohne Wissen und ohne Einwilligung der Geschäftsleitung die Arbeit unterbrochen und unter Einziehung einiger anderer Betriebsangehöriger eine Besprechung abgehalten“ hat. „Damit haben Sie“ — so heißt es in dem ominösen Schreiben weiter — „trotz wiederholter Warnungen die bestehende Arbeitsordnung unseres Betriebes aufs Größteste verletzt. Wir sehen uns daher gezwungen, Ihnen hiernit die fristlose Entlassung anzustellen.“

Zu dem Ründigungsschreiben selbst ist zu sagen, daß es sich in dem oben angeführten Fall um keine wahllose Unterbrechung der Arbeitszeit handelte, sondern um eine bei der Geschäftsleitung angemeldete Betriebsrats-sitzung. Und Betriebsrats-sitzungen finden nach Absatz 6 der Arbeitsordnung des Betriebes während der Arbeitszeit statt. Eine Begründung für eine fristlose Entlassung von drei Betriebsräten war also keinesfalls gegeben. Dies wird noch offenkundiger, wenn man weiß, daß der Betriebsrat noch nie verwandt worden ist.

Bessen Inhalt waren die wirklichen Gründe, die zur fristlosen Entlassung der drei Betriebsräte führten? Dazu einige wenige Sätze. Schon seit Jahren führt die Bundesleitung der KPD, den Kampf, die Druckereigenossenschaft unter ihren Einfluß zu bekommen. Da alle geführten Besprechungen ergebnislos verließen, griff man zu andern Praktiken. Als erstes Mittel wurde die Befragung des zweiten Geschäftsführers angewandt. Der ihm folgende Geschäftsführer wurde so lange unter Druck gesetzt, bis er kapituliert und einen Revers der Bundesleitung unterzeichnete.

Als der Boden von Parteiseite aus so weit geebnet war, ging man dazu über, die Kollegenchaft der Druckerei durch den Kot zu ziehen. Alle möglichen Dinge mußten herhalten, um eine Pogromstimmung gegen das Personal zu erzeugen. So wurde u. a. mit den Gehältern des Personals in Mitgliederversammlungen der KPD, Stimmung zu machen versucht. Was aber die Herren, die diese Dinge verzapften, selbst einstrichen, davon hörten die Proleten nichts. Sie hörten nichts davon, daß der Verlagsleiter monatlich 750 M. einnahm — also das Doppelte eines Handfegers oder Maschinenmeisters! Sie hörten nichts über die Gehälter der Parteileitung und der Redakteure — aber um so mehr über die bedeutend niedrigeren Löhne des technischen Personals der Druckerei!

Doch noch nicht genug damit. Man warf dem Personal „Diebstahl“ vor. Und dies, obwohl man nur zu gut weiß, wie der geistige Urheber dieses „Diebstahls“ ist. Weiter warf man dem Personal „Schädigung des Unternehmens“ vor, obwohl man allgemein weiß, wie er im Jahre 1923 den Betrieb wirklich schädigte. Man verfuhr aber, dem Personal Dinge zu unterwerfen, die in Wirklichkeit auf die KPD zurückzuführen.

Am nun den verhehten Mitgliedern Genugtuung zu verschaffen, griff der Geschäftsführer auf Veranlassung der KPD, nach dem Gewaltmittel — zur fristlosen Entlassung des Betriebsrats. Zum Anlaß dazu wurde eine Auseinandersetzung des Betriebsrats mit der Geschäftsleitung

wegen Einführung einer Arbeitszeit- und Leistungs-kontrolle genommen. Dabei ist aber zu bemerken, daß der Aufsichtsrat der Druckereigenossenschaft, die bestimmende Instanz der Geschäftsleitung, die Kontrollzettel grundsätz-lich a b g e l e h n t hat. Doch Geschäftsführer Fischer be-harrte, trotz des Aufsichtsratsbeschlusses, auf der Ein-führung der Kontrollzettel. Er wollte ja, wie er selbst sagte, mit der Einführung dieser Kontrolle einen Prä-judenzfall schaffen, damit er einen formalen Grund zur Säuberung des Betriebes hatte.

Daß die fristlose Entlassung des Betriebsrats unter solchen Umständen eine ungeheure Erregung unter der Kollegenchaft hervorrief, ist verständlich. Und so kam es auch, daß die gesamte Belegschaft der Druckerei spontan die Arbeit niederlegte und erst nach zweieinhalbstündigen Ver-handlungen wieder ausnahm. Da alle Einigungsversuche an der Hartnäckigkeit der Geschäftsleitung scheiterten, wandten sich die Betriebsräte mit einer Lohnklage an das Arbeitsgericht. Die zwei andauernden Gültverhandlungen endeten ergebnislos. Die beiden Vertreter der Ge-schäftsleitung (Geschäftsführer Fischer und SPD-Sekretär Schläger) scheuten keine Mühe, um sich dabei nach allen Regeln der Kunst zu blamieren.

Vor dem Arbeitsgericht wurde die fristlose Entlassung der Betriebsräte in dreistündiger Verhandlung aufgerollt. Die Kollegen Klein und Neuse (Betriebsratsvertreter), sowie die drei Betriebsräte selbst wiesen den Geschäfts-vertretern einwandfrei nach, daß die von ihnen ins Feld geführten Gründe nur Scheingründe sind. Die wahren Gründe seien in der politischen Haltung der Be-triebsräte zu suchen; denn sie gehören nicht mehr der SPD, sondern der kommunistischen Opposition an. Auch wies Kol-lege Klein an Hand einwandfreien Materials nach, daß ähnliche Kontrollzettel, wie sie Fischer im SPD-Betrieb gewalttätig einführt, in keinem Stuttgarter Zeitungs-betrieb bestehen. Daß dies gerade von einem kommunisti-schen Geschäftsführer getan werde, kennzeichne diesen nur zu deutlich.

Für das Arbeitsgericht war es nach Lage der Dinge leicht, die wirtlichen Ursachen, die zur fristlosen Entlassung der drei Betriebsräte geführt haben, zu erkennen. Und so verurteilte das Gericht nach kurzer Beratung das folgende Urteil: „Die Beflagte wird verurteilt, dem Kläger Westf 190,00 M., dem Kläger Humel 148 M., dem Kläger Grö-zinger 125,80 M. zu bezahlen. Die Beflagte hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.“ In der Begründung wurde vom Arbeitsgerichtsvorsitzenden etwa folgendes ausgeführt: „In dem Betrieb der Beflagten, der ein Arbeiterunter-nehmen ist, entstand ein Streit wegen Durchführung einer Arbeitszeitkontrolle. Am 25. April 1930 hat der Aufsichtsrat diese mit Stimmengleichheit abgelehnt. Trotzdem wollte die Geschäftsleitung der Beflagten die Arbeitszeitkontrolle durchführen. Am 18. Juli hat die Betriebsversammlung beschlossen, den Aufsichtsrat entscheiden zu lassen. Was zu-nächst die Handlungen der Kläger bis einschließlich 19. Juni be-trifft, so ist hier teilweise nichts beweislich, teilweise nichts Schlußfähiges vorgetragen. Jedenfalls war die Ein-ladung zu der unrichtigen Betriebsratsitzung, wenn auch nicht ganz formrichtig, doch vollauf genügend. Was die Ab-nehmung der Arbeitszeitkontrolle betrifft, so haben auch die Kläger in Ausübung ihrer Amtspflicht gehandelt, denn sie waren Betriebsräte und durften nicht nach § 123 der Gewerbeordnung entlassen werden. Daß zu der Sitzung vom 19. Juni 1930 vier Betriebsangehörige hinzugezogen worden sind, ist durch die besonderen Umstände des Falles gerechtfertigt. Die fristlose Entlassung der Kläger war völlig unberechtigt; sie war rechtswidrig! Die Kläger sind zu Unrecht fristlos entlassen worden.“

Das ist ein vernichtendes Urteil für die Theoretiker der revolutionären Gewerkschaftsopposition, für die Führer der Bundesleitung der SPD. Württembergs. Deutscher als alle Artikel im revolutionären Phrasentum läßt dieser Vor-gang erkennen, wie diese Herrschaften den Kommunismus aufpassen. Ja, es ist ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, wie die gegenwärtige Fiktion der SPD, und natürlich auch der revolutionären Gewerkschaftsopposition, die er-kämpften Arbeiterrechte mit Fingern zu treten versucht. Die Herrschaften sind entlarvt, sie sind schlimmer als die kapu-linistischen Schwarzmagier! Die politisch gemäßigten Be-triebsräte werden nun jede Woge ihren Lohn einzutreiben wissen, und zwar so lange, bis die Firma sie wieder be-schäftigt!

### Um das deutsche Miet- und Wohnrecht der Zukunft

Diese Frage stand im Mittelpunkt der Erörterungen auf dem Mieter tag des Reichsbundes Deutscher Mieter am 6. und 7. Juli in Braunschweig. Der künftigen Gestaltung des Miet- und Wohnrechts kommt auf eine besondere Bedeutung zu, denn rund 90 Proz. der Gesamtbevölkerung wohnen zur Miete und fast eine Mil-lion Familien in Deutschland besitzen keine eigene Wohn-ung. Die großen politischen Parteien, mit Ausnahme der Volkspartei, hatten zu der Tagung Vertreter entsandt. Sogar die Deutschnationale Volkspartei zeigte püchliches Interesse für den Mieterschutz; ob im positiven oder negativen Sinne wurde allerdings von ihrem Vertreter nicht verstanden. Jedoch ist die Haltung der Deutschnationalen wie auch der Volkspartei und der Wirtschaftspartei in diesen Fragen ja hinreichend bekannt.

Neben den drei Spitzenverbänden der freien Gewerkschaften waren auf der Mieter tagung dieses Mal auch die Hirsch-Dunkersehen Gewerkschaften vertreten. Für die Braunschweigische Regierung war der Minister Zolper und

für die Stadt Braunschweig der Oberbürgermeister Böhme, beide Mitglieder der SPD, und des Reichsbundes Deutscher Mieter, erschienen.

In seinem mieterpolitischen Geschäftsbericht wies Bundesvorsitzender Dietz auf die auffallende und jeder Gerechtigkeit hochsprühende Tatsache hin, daß, obwohl neun Zehntel der Bevölkerung als Mieter anzupreisen sind, es doch dem kleinen Häufchen organisierter Hausbesitzer mit Hilfe der Rechtsparteien bisher gelungen ist, eine Umwandlung der bestehenden Wohnungsnotgesetze in ein sojales Miet- und Wohnrecht als Dauerrecht zu verhindern. Die Mieterschutzgesetze (Reichsmieterschutz- und Mieterschutzgesetz) sind im Februar d. J. mit Reich und Reich bis zum 30. Juni 1931 verlängert worden, obwohl das Kabinett Müller-Bischoff eine Verlängerung bis zum 30. Juni 1932 für unumgänglich notwendig hielt. Volkspartei, Zentrum und Demokraten als Regierungsparteien stimmten damals gegen die Regierungsvorlage, so daß nur eine Verlängerung bis zum Ende Juni 1931 zustande kam. Kein Mensch wird ernstlich behaupten wollen, daß um die Mitte des kommenden Jahres sich die Verhältnisse im Wohnungsweisen bereits derart gebessert haben werden, daß eine gesetzliche Bindung in Bezug auf Miethöhe und Schutz gegen willkürliche Kündigung überflüssig ist. Wie die Verhältnisse zur Zeit liegen, auch im Hinblick auf die starke Drosselung der Wohnungsbaufähigkeit, ist nicht damit zu rechnen, daß in den nächsten 15 Jahren die Wohnungsnot beseitigt werden kann. Der Mieterschutz ist also auf lange Zeit hinaus noch dringend erforderlich. Es ist aber nicht nur eine Verlängerung der Mieterschutzgesetze in ihrem bisherigen Umfang für die nächsten Jahre notwendig. So lange der § 52 des Mieterschutzgesetzes bestehen bleibt, ergibt sich für die Mieterschaft die eigenartige und nach-teilige Situation, daß wohl durch Reichsgesetz der Mieterschutz formal besteht, die Länderregierungen aber mit Hilfe des § 52 durch Verfügungsverordnungen das Reichsgesetz unterhöhen können, so daß praktisch der Mieterschutz schon heute vielfach nicht mehr vorhanden ist.

Zu den Wünschen auf Beseitigung der Rechte der Mieter stellen sich weiter noch Bestrebungen, die Miete für die Altmwohnungen zu erhöhen. Nicht genug damit, daß die Hälfte der Hauszinssteuer ihrem eigentlichen Zweck, dem Wohnungsbau, ohnehin nicht zugeführt wird, sondern für den allgemeinen Finanzbedarf Verwendung findet, ist es in der letzten Zeit bei Ländern und Gemeinden zu einer gern geübten Methode geworden, durch Zuschläge zur Grundvermögenssteuer, die wieder auf die Miete umgelegt werden, sich als Mietssteigerung auswirken, ihre in Anordnung geratenen Finanzen auszugleichen. So ist am 1. Juni d. J. in Preußen eine vierprozentige Mieterhöhung eingetreten. Das Zentrum hatte sogar eine zehnprozentige beantragt, wovon es anheimelnd aus purer christlicher Nächstenliebe 2 Proz. dem Hausbesitz zulassen lassen wollte. Und das sollte geschehen, trotzdem bereits jetzt in Preußen Jahr um Jahr sich der Hauszins von dem Einkommen der Hauszinssteuer rund 300 Millionen in die Tasche steckt. Thüringen hat gleichfalls die Miete um 6 Proz. erhöht. Hierzu kommen nun vielfach noch Zuschläge der Gemeinden zur Dedung des Defizits in ihrem Haushalt, so daß, wenn auch immer noch als gesetzliche Miete für Altmwohnungen 120 Proz. der Friedensmiete gelten, tatsächlich 135 bis 140 Proz., an manchen Orten sogar 156 Proz. der Friedensmiete gezahlt werden müssen.

Aber nicht genug damit, es ist noch eine weitere sehr erhebliche Steigerung in Sicht. Am 1. Januar 1932 werden die Aufwertungshypothenen fällig. Bekanntlich sind in der Vorkriegszeit ausgenommenen Hypothenen auf 25 Proz. ihres Wertes seinerzeit festgelegt worden. Es handelt sich hierbei um einen Betrag von 9 bis 12 Milliarden Mark. Die Reichsregierung hat nun einen Entwurf eines „Gesetzes über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypothenen“ ausgearbeitet. Dieser will in erster Linie die Hypothetengläubiger von der Kündigung ihrer Aufwertungshypothenen abhalten, indem eine erhebliche Erhöhung der Hypothetenzinsen zugelassen wird. Zur Zeit werden die Aufwertungshypothenen mit 5 Proz. verzinst. Nach dem Plan des wirtschaftsparteilichen Justizministers breitet sich eine Erhöhung auf 7 bis 8 1/2 Proz. geplant. Überall geht der Zinsfuß herunter, hier soll er heraufgehoben werden, und die Mieter dürfen die daraus entstehenden Kosten tragen. Die Mietssteigerung tritt vielleicht schon am 1. Juli 1931 ein.

Die Wirtschaftspartei als Vertreterin der Hausbesitzer will anscheinend damit zwei Ziele erreichen. Einmal soll durch die in Aussicht gestellte erhebliche Zinserhöhung der Hypothetengläubiger abgehalten werden, seine Hypothek zu kündigen. Hinterher wird man den Zinsfuß wieder herabsetzen unter Hinweis auf die allgemein sich voll-ziehende Zinsverbilligung. Die auf Grund der Zins-erhöhung gesteigerte Miete soll aber dann weiter gezahlt werden. Der so entstehende Differenzbetrag fließt abwärts, ähnlich wie bei der Hauszinssteuer in Preußen, den Haus-besitzern in ihre ewig leeren Taschen.

In der Bauparitätsfrage nahm der Reichsmieter tag eine ablehnende Haltung ein, ähnlich wie es die freien Gewerkschaften aus wohlverwogenen Gründen bereits vor einigen Wochen getan hatten.

In der öffentlichen Tagung am 6. Juli, die im alten Rathaus der Stadt Braunschweig stattfand, sprach Senats-präsident Zehm t h über „Das deutsche Mietrecht der Zukunft“. Er verwies dabei auf das modernere Anschau-ungen Rechnung tragende Arbeitsrecht und forderte, daß im künftigen sozialen Wohn- und Mietrecht die gleiche Auf-sachung gelten müsse. Die dem Bürgerlichen Gesetzbuch zugrunde liegende Rechtsauffassung, daß es sich bei Ab-schlüssen über Miet- und Wohnverhältnisse um zwei gleich- starke Vertragsparteien handle, sei überholt, Unbestritten

wäre früher und in noch stärkerem Maße heute der Mieter dem Vermieter gegenüber der wirtschaftlich Schwächere und bedürfte daher eines besonderen Schutzes. Bindungen, wie sie das Arbeitsrecht für notwendig erachtet, um den Arbeitnehmer vor der Willkür des Unternehmers zu schützen, müßten auch in das künftige soziale Mietrecht zum Schutze der Mieter gegenüber der wirtschaftlichen Überlegenheit des Vermieters eingebaut werden.

In der geschlossenen Tagung am Nachmittag wurde ein-stimmig folgende Entschließung angenommen: „Die auf dem Reichsmieter tag des Reichsbundes Deutscher Mieter e. V. vom 2. bis 6. Juli 1930 in Braunschweig ver-sammelten Vertreter erheben schärfsten Protest dagegen, daß Reichsmieten- und Mieterschutzgesetz entgegen dem einmütigen Beschluß der Reichsregierung und des Reichs-rates vom Reichstag nur bis zum 30. Juni 1931 verlängert worden sind. Sie wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen die Gesetzesvorlagen der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei auf Beseitigung der Mieterschutz-gesetzgebung. Der Reichsmieter tag fordert: 1. Unbedingte Aufrechterhaltung der Mieterschutzgesetzgebung und Unter-Beseitigung der von den Ländern, insbesondere vom Freistaat Thüringen vorgenommenen Forderungen; 2. Ausdehnung des Mieterschutzes auch auf die Mieter aller Neubauwoh-nungen und derjenigen Räume, die der Mieterschutzgesetz-ggebung nicht unterliegen, durch alsbaldige Einführung eines sozialen Miet- und Wohnrechts; 3. Umwandlung der vom Reichstag im Dezember 1929 angenommenen „Rechtsrichtlinien für das Wohnungsweisen“ in für alle Länder und Gemeinden zwingende Bestimmungen; 4. Um-gehende Verabschiedung des Wohnheimkündigungsgesetzes; 5. Keillose Verbrennung der Hauszinssteuer zum Wohnungs-bau; 6. Dauernde Erfassung des Geldeverwertungsgewinnes und des unerbitterten Wertzuwachses des Haus-besitzes; 7. Abschaffung jeder weiteren Mieterhöhung, ins-besondere auch zum Zwecke der Abwälzung erhöhter Zins-lasten, Steuern und Gebühren auf die Mieter; 8. Scharf-legung des Mietzinses in Verbindung mit dem von der Reichsregierung in Aussicht gestellten allgemeinen Preis-abbau. — Der Reichsmieter tag fordert erneut mit aller Dringlichkeit eine ständige Vertretung der Mieterschaft im Reichsmieterschaftsrat durch vom Reichsbund Deutscher Mieter e. V. zu benennende Vertreter.“

Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, ebenso wurden die bisher amtierenden Mit-glieder des Kampfrüpfungs- und des Schlichtungsaus-schusses wiedergewählt. Der Bundestag im nächsten Jahre findet in Leipzig statt.

### Korrespondenzen

**Altenburg.** (Mieter Thüringer Korrektoren-tag am 22. Juni.) Es war ein Erlebnis eigener Art. In Erfurt trafen die Kollegen aus Gotha und Langensalza frühzeitig ein, bestiegen hier den Hauptbahnhof des Erfurter Korrektorenvereins, nahmen in Weimar und Jena die dort wohnenden Teilnehmer auf und gelangten in ruhiger, von höchstem Wetter begünstigter Fahrt gegen 11 Uhr nach Altenburg. Hier waren inzwischen die Naumburger, Pößneder und die Eingeborenen verammelt, so daß bald die Tagung mit zwei wirkungsvoll vorgetragenen Vorträgen des dortigen „Gutenbergs“ eröffnet werden konnte. Der Vorherrscher, Kollege Adolf König, begrüßte die Anwesenden und stellte eine langsame, aber stetige Weiter-entwicklung unzer Formation fest. Den vorstehenden Kol-legen Breinl (Gera), Panbura und Boß (Berlin) wurde die übliche Ehrung zuteil. Vertreten waren der Bezirks- und Ortsvorsitz Altenburg durch Kollegen Reichardt, der Gauvorsitz durch Kollegen Grau (Weimar), Kollege Grunewald von der Zentralkommission und der Gau-vorsitzer Karl Wisluga hatten ihre Wünsche für die Tagung schriftlich zum Ausdruck gebracht. Die Wiederwahl des Vorstandes erfolgte einstimmig unter Leitung des Kol-legen Stöckert (Altenburg). Ein kurzes, aber wirkungs-volles Referat des Kollegen Stauch (Leipzig) über Doppelverrechnungen im Duben gab den Verammelten auch etwas für die Praxis mit nach Hause. Für 1931 wurde Böhmert, für 1932 Weimar als Tagungsort bestimmt, fest-legend auf 14 Tage nach Pfingsten. Am der Korrektoren-tag 1930 mit zu finanzieren, stellte Kollege Braun von seinem Werk „Unter Jarenherzhaft und Sowjetkern“ 100 Exemplare kostenlos zur Verfügung, deren Ertrag die chronische Ebbe der Kasse etwas mildern soll. Hoffentlich ist die Gegenleistung der Kollegen in ähnlichem Maßstab. Nach Beprehung einiger Interna und dem gemeinschaft-lichen Mittagessen schlossen sich die Kollegen dem „Fest der Arbeit“ an, das in Altenburg gefeiert wurde und fanden sich am späten Nachmittag zu einigen fröhlichen Stunden wieder zusammen. Die Altenburger ließen es sich nicht nehmen, die Gäste auf beste zu unterhalten. Sowohl der überreiche Staltalender mit Inhalt als auch der Vortrag der „Wirtschaftlichen Höhe“ werden noch lange an die Alten-burger Gesellschaft erinnern. Leider mußte man nur zu zeitig den Motor wieder in Gang setzen, denn auch die Gothaer und Langensalzaer Kollegen wollten ja noch von Erfurt aus wieder in ihre entlegeneren Orte. Alles in allem ein Tag echter Kollegialität, durch keinen Mißton gestört.

**Frankfurt a. M.** (Korrektoren.) Der vierte Mittelrheinische Korrektoren tag wurde am 29. Juni in Wiesbaden im Vereinshaus „Zur Wartburg“ unter zahlreicher Beteiligung der angeschlossenen Orts-vereine abgehalten. Der Gesangverein „Gutenberg“ Wies-baden begrüßte die Verammelten vor Einführung der Tag-ung mit einem Gesangsvortrage. Mit einem Willkommens-gruß eröffnete der Vorsitzende Guthardt (Frankfurt am Main) um 10 Uhr die Verammlung und gab der Hoff-nung Ausdruck, daß unser erstes Bestreben, die Ziele der Korrektoren zu vollbringen, von Erfolg sei. Die Vertreter der Ortsvereine und der Gaue Frankfurt-Hessen und Mittelrhein sowie ein Vertreter der Wiesbadener Ma-schinenbau- und Handwerkerpartei widmeten ebenfalls der Zusammenkunft der Korrektoren begrüßende Worte. Vor

Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Versammelten das Andenken der verstorbenen Kollegen Heinrich Wolf und Richard Pandura (Berlin) für deren Verdienste um die Verbandsfrage, insbesondere um die Korrektorenpartei. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen nahm Kollege Dr. phil. F. W. a. l. b. (Darmstadt) das Wort zu seinem Vortrage: „Die geschichtliche Entwicklung der deutschen Rechtschreibung bis zum neuen Duden.“ An Hand einzelner Daten zeigte der Referent, wie die Sprache dauernder Veränderung unterworfen ist, denn sie ist etwas Lebendiges, das sich den Bedürfnissen anpaßt. Und niemals kann die Schrift ein genaues Schaubild der Sprache sein; sie muß sich erst den Veränderungen der Sprache anpassen; sie hält nicht Schritt mit der lautlichen Entwicklung, die je nach Gegend und Mundart eine verschiedene ist. Darum sehen wir auch in älteren Schriften eine große Uneinheitlichkeit in der Wiedergabe der Sprache, trotzdem sie in der gleichen Zeit angefertigt wurden. Nur ganz langsam hat sich eine einheitliche Schreibung der Schriftsprache durchgesetzt. Sehr früh haben namentlich die lutherischen Kneipen Anregung dazu gegeben, auch die Buchdruckerien haben auf Vereinheitlichung gedrängt. Im 18. Jahrhundert haben sich besonders Freyer, Gottschald und Adelung um die Rechtschreibung verdient gemacht. Fruchtbarer jedoch war die Arbeit Rudolf von Rammers, der für ganz Deutschland eine einheitliche Rechtschreibung empfahl, auch wenn sie weniger vollkommen sei. In der Mitte des 19. Jahrhunderts traten einzelne deutsche Staaten in diesem Bestreben zusammen, aber die vielen Sonderwünsche und Bedenken ließen eine einheitliche Rechtschreibung nicht aufkommen, bis im Jahre 1901 eine orthographische Konferenz im wesentlichen unsere heutige Rechtschreibung festlegte. Mit großer Aufmerksamkeit waren die Hörer dem Referenten gefolgt. Die Kollegen äußerten den Wunsch, daß der Vortrag in einem besonderen Aufsatz im „Sprachwart“ erscheinen möge. Als nächster Tagesordnungspunkt war ein Vortrag folgendermaßen besetzt: „Zweck und Ziel der Spartenbewegung.“ In temperamentvollen Ausführungen zeigte der Redner ein Bild der Verbandsgeschichte bis zur Spartenentwicklung, wobei er die Korrektorenpartei recht ausführlich behandelte. Er würdigte die Verdienste der Sparten, erwähnte aber, daß die Korrektoren noch viel zu leisten haben, namentlich in der Gewinnung der der Sparte noch fernstehenden Kollegen. Kollege Schäfer empfahl, eine Statistik aller Druckerien aufzunehmen und festzustellen, wer das Korrektorenwesen besorgt. Der Redner erteilte für seinen vorzüglichen Vortrag reichen Beifall. Zum Punkt „Organisationsangelegenheiten und Bericht der Ortsvereine“ stellte der Vorsitzende, Kollege G. u. h. a. r. d. t., die Anfrage, ob für die Zukunft die beiden Gauen Frankfurt-Hessen und Mittelrhein als zusammengehörig weiter bestehen bleiben sollen, oder ob eine Trennung der beiden Gauen gewünscht werde. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß der bisherige Zustand bestehen bleiben soll. Namentlich die Vertreter des Gaus Mittelrhein sahen in dem Vorsitzenden von Frankfurt, dem Kollegen Gutjahr, einen bewährten Führer, mit dem sie auch in Zukunft gerne weiter zusammenarbeiten möchten; auch in organisatorischer und technischer Beziehung sei die Zusammenarbeit stets von Nutzen gewesen. Aus den Berichten der einzelnen Ortsvereine war zu ersehen, daß noch viel zu leisten ist, und daß einzelne Druckerien öfter und auch in weckterer Form Lohnabbau betreiben, der aber dank der Organisation abgewehrt werden konnte. Es wurde ferner festgestellt, daß gerade in Arbeiterdruckerien Korrektoren der Sparte fernstehen, deshalb wurde ein diesbezüglicher Antrag angenommen, der den Kollegen zur Pflicht macht, diese Kollegen in erster Linie für die Sparte zu gewinnen. Mit Worten des Dankes seitens des Vorsitzenden an die Wiesbadener Kollegen für den freundlichen Empfang und an die beiden Referenten fand der offizielle Teil der Tagung sein Ende. Während der Verhandlungen unternahm die Frauen der Teilnehmer unter Führung des Kollegen Schüller (Wiesbaden) einen Rundgang durch die Stadt. Nach einem gemeinschaftlichen Mittagessen fanden sich alle zu einigen großen Stunden auf der „Bierkammer Höhe“ ein. Die Wiesbadener Kollegen, besonders der Gesamtverein „Gutenberg“ hatten für eine angenehme, so recht auf den Familienton abgestimmte

Unterhaltung gesorgt. Es sei ihnen an dieser Stelle der Dank aller Teilnehmer ausgesprochen.  
**Gulda.** Die diesjährige zweite Bezirksversammlung am 29. Juni, verbunden mit dem Bezirksjahrmittagessen in dem herrlich gelegenen Lauterbach, war die am besten besuchte Versammlung, die der Bezirk bisher aufzuweisen hatte. Über 90 Weg, aller Kollegen waren erschienen. Der Vorsitzende H. i. l. l. e. n. b. r. a. n. d. e. r. eröffnete die Versammlung mit begründlichen Worten. Durch größte Aufmerksamkeit und kurze Einführungen der Dislokationsredner war es möglich, die nur drei Punkte umfassende Tagesordnung, „Geschäftliches“, „Bericht aus den Ortsvereinen“ und „Verschiedenes“ schnell zu erledigen. Hauptächlich war es die Arbeitslosigkeit, mit der sich die einzelnen Redner beschäftigten. Vom Gewerkschaftsstellvertreter Lauterbach war dessen Vorsitzender K. o. t. h. entlastet, der nach den Verhandlungen ausführte, er sehe, daß sich die Buchdrucker im Gewerkschaftsleben auf dem rechten Wege befinden. Nach der Bezirksversammlung vereinigte die Teilnehmer eine gemeinsame Mittagstafel in der Turnhalle, an die sich ein Rundgang durch das jahrtausendliche Lauterbach unter der Führung eines lutherischen Betreters, Herrn Studentent Maurer, angeschlossen. Und dann kamen wir zur Feier des J. o. h. a. n. n. i. s. f. e. s. Die Lauterbacher Kollegen, die es sich schon am Morgen nicht hatten nehmen lassen, die auswärtigen Kollegen mit Musik unter Vorausstrahlung der fünfjährigen Fahne von der Bahn abzuholen, hatten auch das Johannistfest so arrangiert, daß es ein willkürliches Familienfest war. Ein in den Buchdruckerarten geschmückter Saal, eine fröhliche Kollegenfeier, wo könnte es da an Johannistfestimmung fehlen. Der Vorsitzende des Ortsvereins Lauterbach, Kollege T. h. i. e. l. e., hielt die Begrüßungsansprache. Bürgermeister W. a. l. z. überbrachte die Grüße der Stadt Lauterbach und Kollege J. a. l. o. b. (Gulda), der zweite Vorsitzende des Bezirks Gulda, hielt die Festrede. Das „Gutenberg-Quartett“, Gulda, welches bereits am Vormittag am Marktplatz einige Chöre zu Gehör gebracht hatte, betritt auch beim Johannistfest mit einer tüchtigen Kapelle die Unterhaltung. Nach einem flott gepöbelten Theaterstück: „Der dunkle Punkt“, fanden die Tanzlustigen ihr Recht, so daß diese Veranstaltung, auch in kollegialer Beziehung, ein heller und leuchtender Punkt in unserm Buchdruckerleben bleiben wird.  
**Gera.** (S. a. n. d. e. r.) Begünstigt vom schönsten Wetter, hielt die Handfegervereinigung im Gau Thüringen am 29. Juni im „Palmengarten“ zu Gera ihre für den Osten des Gaus einberufene W. a. n. d. e. r. s. a. m. m. l. u. n. g. ab. Die Beteiligung war im Hinblick auf die schwere Wirtschaftslage eine sehr gute zu nennen. Das Referat des Tages hatte der Vorsitzende der Zentralkommission, Kollege F. i. e. l. e. r. (Berlin), übernommen. Die Ortsgruppe Gera hatte in dankenswerter Weise ein reichhaltiges Tagesprogramm aufgestellt, welches die erschienenen Kollegen bis zum Abgang der Hitze in kollegialer Weise zusammenhielt. Vor Beginn der Versammlung wurde das neuerrichtete Gebäude der „Dittbünger Tribüne“ besichtigt. Um 10 Uhr eröffnete der Vorsitzende der Gauvereinigung, Kollege S. c. h. ä. f. e. r. (Weimar), die Versammlung; er begrüßte die erschienenen Kollegen, übermittelte die Grüße des Gauvorstandes im V. D. B. und begrüßte auch vor allem die von der Leipziger Vereinigung anwesende Delegationsmitglieder durch den Kollegen S. c. h. i. e. d. t. (Leipzig) Grüße übermittelte und der Versammlung einen guten Verlauf wünschte. Sodann betam Kollege F. i. e. l. e. r. das Wort zu seinem Referat. Selten hat man ein so feines ausgeglichenes Referat gehört. Der Vortragende verstand es als ausgezeichnete Redner, durch die Logik und Klarheit seines Referates die Kollegen zu fesseln. Wir glauben, daß jeder Kollege, der diesen Vortrag gehört hat, sich über Zweck und Ziel der Handfegerpartei nicht mehr im unklaren sein kann. Vor allem betonte Kollege Fiebler die Notwendigkeit der Sparten im allgemeinen und die der Handfegerpartei im besonderen. Er zeichnete klar und deutlich den Weg der Entwicklung der letzten Jahre und wies nach, daß der V. D. B. ein großes Interesse am Bestehen der Sparten hat. So wie viele große Berufsverbände aus den einzelnen Berufsgruppen sich zusammengeschlossen haben und nun ein Ganzes zu ersprießlicher Arbeit bilden, genau so ist die Arbeitslosigkeit auch in unserm Gewerbe not-

wendig, wo durch die technische Entwicklung eine starke Spezialisierung eingetreten, es also nicht mehr möglich ist, von einer Stelle aus alles so zu regeln, wie es gewünscht wird. Die Sparten müssen hier Organisationsarbeit im Sinne des V. D. B. und für die Kollegen leisten. Reichlicher Beifall hemies, daß die Worte des Redners auf fruchtbaren Boden gefallen waren. Im Namen der Kollegen ver sprach Vorsitzender Schäfer ein Arbeiten in diesem Sinne.  
 — Nach gemeinschaftlich eingenommenem Mittagessen wurde dann ein Ausflug in die nähere Umgebung der Stadt unternommen. Viel zu früh mußten die Teilnehmer das gastliche Gera verlassen. Wir trennten uns mit dem Bewußtsein, einen wirklich schönen Tag in kollegialer Weise verbracht zu haben und mit dem festen Willen, weiterarbeiten für die Sache der Handfegerpartei zum Nutzen der Gesamtorganisation.  
**Berlin.** (B. i. e. r. t. l. i. a. h. r. s. b. e. r. i. c. h. t.) Das Hauptmoment in der Aprilversammlung bildete die Aufnahme von 14 Jungbuchdrucker. Vorsitzender K. o. t. h. fand bei dieser Gelegenheit zu Herzen gehende Worte an die jungen Kollegen, und legte ihnen nahe, was eines Verbandsmitgliedes würdig sei. Über „Zweck und Ziele der Gewerkschaften“ sprach Johann der Vorsitzende des Ortsausschusses des V. D. B., Herr S. c. h. u. l. z., der seine Ausführungen der gegenwärtigen Situation ausgezeichnet anzupassen verstand. Dem schon jahrelangen Wunsch der Bezirksmitglieder, eine Bezirksversammlung in dem idyllischen Bad Mustau abzuhalten, wurde für den Monat Mai entsprochen. Dieser jährliche werden die Kollegen mit ihren Damen zu dieser Tagung erscheinen. Von Weichwasser wurde zu Fuß durch Laub- und Lindenweg nach Mustau marschiert. Der Gesamtverein „Gutenberg“ hatte sich wie immer in den Dienst der guten Sache gestellt und gab der Versammlung mit Ulfmann „Sturm“ einen guten Anstoß. Vorsitzender K. o. t. h. konnte in seinem Bericht über die Verhältnisse in den Bezirksorten auf die Angaben im Gaubericht verweisen, worauf die Lage, abgesehen von der großen Arbeitslosigkeit, zufriedenstellend ist. 12 Maßnahmen waren wiederum zu verzeichnen. Interessant schilderte Johann Gauvorsitzer F. i. e. d. e. r. (Wreslau) in kurzen Zügen die umfangreichen Verhandlungen zum neuen Mantelstück, ebenso die neuesten Zeitereignisse. Seine Schlussworte, in Zukunft, auch wenn diese noch so trüb wäre, strengste Disziplin und Einigkeit zu wahren, um so die gegenwärtige Krise zu überwinden, mögen von jedem Kollegen aufs peinlichste beachtet werden. Auch die sehr zahlreich anwesenden Damen erfuhr Redner, ihre Männer in dieser unheimlich-brohen Zeit verständnisvoll zu unterstützen. Nach gemeinlicher Mittagstafel wurde der prächtige Kurpark besichtigt. Die Kollegen von Mustau und Weichwasser haben es verstanden, ihren auch den Tag so angenehm wie möglich zu machen, wofür ihnen auch an dieser Stelle bestens gedankt sei. — Die Juniversammlung war infolge Einflusses der Ferien und der tropischen Hitze schwach besucht. Bedauerlich war dies infolge, als äußerst wichtige Punkte zur Kenntnis zu bringen waren: die ungünstigen Kassenverhältnisse. Die Bilanz des Ortsausschusses und des Kreisverwalters steht trübe aus infolge der ungewöhnlichen, anhaltenden Arbeitslosigkeit. Zwei Wege sind gangbar: Abbau der Leistungen oder Beitragserhöhung — das eine wie das andere unangenehm. Der Vorsitzende berichtigte über diese Mißere, einigend; die Versammlung war aber überwiegend gegen einen Abbau; die voll Arbeitenden haben die selbstverständliche Pflicht, Außergewöhnliches für die zum Teilern Gewöhnlichen zu tun.  
**Kiel.** Unsere außerordentliche Generalversammlung am 24. Juni war selber nur schwach besucht. Kollege S. c. h. u. l. z. begrüßte die Erschienenen und gedachte in erhabenen Worten der verstorbenen Kollegen Krause, der seine Kraft jahrelang in den Dienst der Sache der Arbeiterschaft gestellt hatte. Nach Erledigung der üblichen ersten Tagesordnungspunkte nahm Kollege L. i. s. e. n. e. r. das Wort, um über eine Klage gegen die Firma Hausdoff zu berichten. Diese hatte nämlich entbedt, als die beiden Lehrlinge das Kostgeld für das dritte Lehrjahr forberten, daß sie noch gar nicht zwei Jahre in der Lehre sind, daß sie an 40 Tagen in jedem Jahr durch den Besuch der Fachschule von der beruflichen Ausbildung im Betrieb ferienhaft wurden. Das den jungen Leuten zustehende Kostgeld wurde ver-

**Som deutschen Buchermarkt**

Wieder liegen recht interessante Ermittlungen und Ziffern über die deutsche Bucherzeugung vor. Ludwig Schönrod hat nach dem „Wöchentlichen Bericht“ der erschienenen und vorberbeiteten Neuigkeiten des deutschen Buchhandels“ errechnet, was im Jahre 1929 von deutschen Verlagsbuchhändlern herausgebracht worden ist und seine Ergebnisse im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ (Nr. 105/1930) mitgeteilt. Die Erhebungen beschränkten sich nicht allein auf die in Deutschland anässigen Verlagsfirmen, sondern auch Österreich, die Schweiz und die übrigen deutschsprachigen Länder, soweit die dort erschienenen Werke zur buchhändlerischen Registrierung an die Deutsche Bücherei nach Leipzig gelangt worden sind, wurden statistisch erfaßt. Nach bibliographischen Gepflogenheiten ist die Verlagsproduktion in 27 Wissensgebiete eingeteilt. Die Hoffnung, daß die Verleger dem wachsenden vorhandenen Übermaß an Büchern und Druckschriften kategorischer Einschnitt gebieten würden, erfüllte sich wiederum nicht. Wohl erschienen im Jahre 1929 um 792 Einheiten weniger als im vorausgehenden Jahre. Doch besagt dieses Minus bei einer Gesamtzeugung von 27 002 Verlagswerken nicht allzuviel. Nach wie vor steigt der Buchhändler unter der Überproduktion an Neuerscheinungen, von denen doch so viele im Entschuldigungsstande schon den Tobesstein in sich tragen. Lagerfächer, Kamisch und Altpapier gibt es wahrlich mehr als genug. Die größte Literaturgattung, die Gruppe 16: Söhne Literatur hat eine Verminderung um 319 Einheiten gegenüber dem Vorjahre erfahren. Aus den anderen Literaturgruppen einige Beispiele: Die Gruppe 1 umfaßt: Allgemeine Sammelwerke; Buch- und Schriftwesen; Bibliothekswesen; Hochschulen; Gelehrte Gesellschaften; Wissenschaftskunde. Sie brachte es auf 615 Neuerscheinungen und 47 Neuauflagen, insgesamt also auf

662 Einheiten (gegenüber 1928 + 35). Gruppe 2: Religionswissenschaft; Mythologie; Theologie nimmt mit 2078 Einheiten die dritte Stelle in der Verlagszeugung ein. Gruppe 3: Rechtswissenschaft erfuhr eine Verminderung um 79 auf 1583 Werke. Dafür erhöhte sich die zweitgrößte Gruppe 4: Wirtschaft- und Sozialwissenschaften; Politik; Statistik um 80 auf 2106 Einheiten. Gruppe 5: Zeitwissenschaft; Tierheilkunde erzielte 1138 (— 53). Gruppe 6: Naturwissenschaften folgt mit 939 (+ 14) Einheiten. Die Gruppe 8: Philosophie zeigt mit 489 bei einem Minus von 45 Werken einen erheblichen Rückgang. Die meisten Philosophiewerke von heute haben eben auch nur wenig Geld zum Bücherkaufen. Die stärkste Einbuße erlitt die Gruppe 10: Schulbücher; Stenographie mit nur mehr 1875 (— 406) Einheiten. Wer das fast unendliche Vielereis an Schulbüchern kennt, der wird über den Rückgang der Produktion auf diesem Gebiete gar nicht traurig sein. Wir vermüssen in Deutschland immer noch eine einheitliche Regelung des Schulwesens. Nur zu begriffen wäre es, wenn gleichartige Schulen auch durchweg gleichartige Lehrmittel benützen würden. Setzt hat fast jede Provinz ihre den „besonderen Eigenarten“ entsprechenden Lehrbücher. Immer wieder finden sich Pädagogen, die solche Lehrbücher schreiben und auch Verleger dafür finden. Diese Produktivität erhöht natürlich das Durcheinander in der Schulbuchliteratur ganz wesentlich. Auch die Literaturgruppe 16: Musik; Tanz; Theater; Kino war mit 520 um 156 Erscheinungen rückläufig. Dagegen nahm die Gruppe 17: Kunst und Kunstgewerbe um 52 auf 710 Einheiten zu. Gruppe 18: Geschichte; Historische Hilfswissenschaften ist mit 921 (+ 91) Werken ausgewiesen. Um 65 Einheiten, auf 482 zurück ging die Gruppe 20: Kulturgeschichte; Volkskunde; Geseime Gesellschaften; Fremdaurere. Auch Gruppe 23: Technische Wissenschaften; Handwerk erfuhr eine Verminderung um 80 auf 1617 Einheiten. Dafür weist die Gruppe 25: Land- und

Forstwirtschaft; Jagd; Hauswirtschaft (915 Einheiten) mit einem Mehr von 208 die größte Zunahme unter allen 27 Gruppen auf.  
 Für den Buchdrucker ist ein Überblick auf die einzelnen Monatsergebnisse der verlegerten Tätigkeit nicht ohne Belang. Im Jahre 1929 fällt die außerordentliche Einschränkung im Monat Januar auf. Es wurden 624 Werke weniger herausgegeben als im gleichen Monat des Vorjahres. Besser waren der Monat Februar mit einer Zunahme um 300, der August mit einem Plus von 466 und der November mit einem solchen um 808 Einheiten. Auffallend schlecht waren noch die Monate September (— 447), Oktober (— 289) und Dezember (— 624). Diese erheblichen Schwankungen in den Monatsergebnissen wirken sich selbstverständlich im ganzen Druckgewerbe aus. Gewisse Rückschlüsse auf die Bedeutung der einzelnen Wissensgebiete für den Verleger läßt die Statistik der Bücherpreise zu. Im Jahre 1929 war die teuerste Gruppe der Verlagsproduktion die Gruppe Kunst und Kunstgewerbe. Für die 710 Werke wurde ein Gesamtabenpreis von 28 072,20 M. erreicht. Das sind etwas über 10 000 M. mehr, als für die 658 Werke der gleichen Gruppe im Jahre 1928 zu zahlen waren. Mit anderen Worten: der Durchschnittsabepreis liegt in dieser Gruppe von 25,47 M. auf 36,44 M. Die ganze philosophische Literatur ist für 3020,80 M. (Durchschnittlich 6,27 M.) erhältlich. Für die Rechtswissenschaft muß man schon mehr als zehn Tausendmarktheine ausgeben oder pro Band 6,71 M. Die medizinische Literatur kostet im Mittel pro Werk 12,88 M. und insgesamt mehr als 14 000 M. Die Söhne Literatur mit ihren 4172 Werken ist für 12 363,05 M. käuflich zu haben bei einem Durchschnittsabepreis von 3,06 M. In der Preislage von 6 bis 7 M. finden wir noch die Gruppen: Erdkunde; Völkerverkunde; Pflanzen (6,02 M.); Handel; Verkehr und Industrie (6,60 M.) und Technische Wissenschaften; Handwerk

weigert und von ihnen verlangt, daß sie die Schulzeit an den andern fünf Tagen der Woche nacharbeiten sollten (täglich 1 1/2 Stunden). Natürlich weigerten die Lehrlinge sich, diesem Anfinnen nachzukommen. Die Folge war, daß ihnen nunmehr das auf einen Tag fallende Kostgeld wöchentlich abgezogen wurde. Großmütig erklärte sich der Geschäftsführer seiner Frau bereit, mit den Eltern die Sache zu verhandeln, aber nicht etwa mit unteiligen Dritten. Die Eltern glaubten sich aber in Anspruch zu setzen, wenn sie hierauf eingingen, und erteilten dem Vertreter der Organisation Vollmacht, gegen die Firma zu klagen. Nach Zufüllung der Klage unterbreitete die Firma dem Gericht eine Reihe offenbar von Briefkastenoffnern herübergehender Gutachten, die die Ansicht der Firma stützen sollten. Die Firma wurde trotzdem antragsgemäß verurteilt, das erhöhte Kostgeld talendermäßig zu zahlen und die voreinstehenden Beträge auszuführen. Weiter entschied das Gericht, daß die Zeit des Schulbesuches nicht nachzuholen verlangt werden könne, wie das auch die Lehrverträge der Handwerkskammer deutlich ausprechen. Der Firma wurde auch bedeutet, daß in der Weigerung der Lehrlinge, die Schulzeit nachzuholen, eine beharrliche Arbeitsverweigerung nicht zu erblicken ist, da sie nur von dem Recht der Lehrverträge Gebrauch machten. Trotzdem erklärte der frühere Chef der Firma, der als Prozeßvollmächtigter auftrat, daß er die Lehrlinge nunmehr entlassen würde, weil sie sich beharrlicher Arbeitsverweigerung schuldig machten. Diese Drohung vor Gericht und auch ihre spätere Ausführung erfolgte, trotzdem das Gericht auf Wunsch beider Parteien das Urteil für berufsungsfähig erklärt hatte. Die Berufung soll nunmehr tatsächlich eingelegt sein, eine Bestätigung des Gerichtes fehlt jedoch bisher noch. Im Anschluß an diese Schilderung der Angelegenheit wurde bekanntgegeben, daß nach § 16 Absatz 8 des Gewerbe- und Handelslehrer-Berodungsgegesetzes vom 18. April 1928 die Abwälzung der Schulbeiträge auf die Jugendlichen oder deren gesetzliche Vertreter unzulässig ist und daß als Folge hiervon Gerichtsurteile vorliegen, daß Lehrverträge ungültig sind, soweit sie festsetzen, daß die Schulbeiträge durch die Lehrlinge bzw. deren Vertreter zu bezahlen sind. Das ganze Verhalten des Vertreters der Firma zeigt den Geist, der auch in einem früheren Schreiben der Firma an das Tarifamt zum Ausdruck kam, von dem eine Auskunft über die Auslegung des § 5 Absatz 6 des Tarifs gefordert wurde, in dem es heißt: „Nach dem Absatz 6 kann ein Arbeitgeber, welcher Gehilfen ausshufweise beschäftigt, um Lohn zu sparen, die Leute vor dem Fest ausschicken lassen; braucht er dann nach dem Feiertag Leute, so kann er sie durch das Arbeitsamt anfordern und seine Auswahl treffen. Er kann so, wenn er will, dieselben Leute einstellen, sofern diese nicht anderweitig Arbeit gefunden haben, und somit den Lohn für den Feiertag sparen. Meines Erachtens ist hier eine Lücke im Tarif. Handelt ein Arbeitgeber, wie von mir geschildert, so ist das unfair; er hat aber nicht tarifunwürdig gehandelt.“ Es ist nur schade, daß diese Anfrage um 10 Jahre zu spät an das Tarifamt gerichtet wurde. Würde es heute noch bestehen, so würde dem Frager wohl eine so deutliche Antwort geworden sein, daß er es für lange Zeit unterlassen hätte, wieder mit gleichen Fragen zu kommen. Es ist der Frager der gleiche Arbeitgeber, der seine Leute entläßt, weil sie den 1. Mai feierten, und dann noch an die verabschiedeten Arbeitsämter das Ersuchen stellt, den Entlassenen die Unterstützung zu sperren. Leider ist das prompt erfolgt, weil ein höchstgerichtliches Urteil die Unterlage dafür bot. Anschließend erfolgte die Abrechnung vom Johannistag. Der Vorsitzende sprach sein Bedauern über den schlechten Besuch des Festes aus. Er bat die Kollegen um geeignete Vorschläge, wie dem abzuhelfen sei. Ob vielleicht ein Zusammenfeiern mit den umliegenden Ortsvereinen zu empfehlen wäre. Zu einer Beschlußfassung über diesen Punkt kam es jedoch nicht, sie wurde auf die ordentliche Generalversammlung verschoben. Die netten Überlegungen, die uns das Kabinett-Büro zu besseren Gedanken entzifferten eine erregte Aussprache, die in einer Entschlieung den schärfsten Protest der Kollegenschaft darüber zum Ausdruck brachte, daß die vermehrten Fällen wieder der Arbeiterschaft aufgebürdet werden sollen. Der Kassierer begründete hierauf den Antrag des Vorstandes auf Erhöhung des Ortsvereins-

beitrages zwecks Weiterzahlung des bisherigen Unterstützungszuges an die durchreisenden Kollegen. Nach kurzer Aussprache wurde einstimmig eine Erhöhung des Beitrages um 10 Pf. für diesen Zweck beschlossen. Nach Erledigung einiger Wahlen schloß die Versammlung.

**Limburg (Rahn).** Am 21. Juni fand unsere Jubiläumssfeier statt. Am 4. Juni 1905 wurde der Ortsverein gegründet. Am Anfang waren es 13 Kollegen. Die Zahl stieg jedoch von Jahr zu Jahr, und im Jubiläumsjahr sind es 81 Kollegen, die dem Ortsverein angehören. Überaus zahlreich waren die Kollegen mit ihren Angehörigen erschienen, um das Silberjubiläum gebührend zu feiern. Viele auswärtige Kollegen waren unter Einladung gern gefolgt, und die es nicht konnten, erließen ihre Aufmerksamkeit durch Überendung herzlicher Wünsche. Auch der Mitgründer des Ortsvereins, der Kollege Franke (Snoaßel), wohnhaft in Witten, hatte es sich nicht nehmen lassen, an dieser würdigen Feier teilzunehmen. Eingeleitet wurde die Feier durch Karl Löwes Gutenberg-Duettliere. Einem, vom Kollegen F. Zeit selbstorganisiert und vorgebrachten Prolog folgte die Begrüßungsansprache unseres Vorstehenden Karl Scherer. Namens des Ortsvereins richtete er an die Festteilnehmer herzliche Willkommworte. Besonders begrüßte er den Gauvorsteher Conrad (Mannheim), Bezirksvorsteher Schäfer (Wiesbaden), die Vertreter der übrigen auswärtigen Bezirks- und Ortsvereine, den Vertreter des Ortsauschusses Limburg vom DGB, Ludwig, Bürgermeister Dr. Kriemann als Vertreter der Stadt Limburg, die Vertreter der Presse und die Sänger des Limburger Männergesangsvereins. Kollege Scherer selbst Mitgründer und guter Kenner der damaligen Verhältnisse, streifte das Entschieden und den Werdegang unseres Ortsvereins und gedachte besonders der Kollegen, die den Grundstein zu unserem Ortsverein legten. Im weiteren gab er ein Glückwunschsreiben vom Vorstandsvorsitzenden und viele andere herzlich gehaltene Glückwunschtelegamente bekannt. Der Männergesangsverein brachte sodann zwei schöne Chöre ausdrucksvoll zum Vortrag. Hierauf folgte die Festrede unseres Gauvorstehers Conrad. In zernühten Worten schilderte er den Aufstieg des Ortsvereins Limburg und dankte allen Kollegen, die, trotz aller Widerwärtigkeiten, dem Ortsverein zu diesem würdigen Erfolg verholfen haben. Er betonte insbesondere die Notwendigkeit einer geschlossenen Organisation und wünschte, daß auch unsere jungen Kräfte dafür sorgen, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker für spätere Zeiten erhalten und weiter ausgebaut wird. Seine Ausführungen wurden durch reichen Beifall belohnt. Nach einem dankbar aufgenommenen Violinso des Kapellmeisters Keiser eröffnete der Bezirksvorsitzende Scherer vom Bezirk Wiesbaden den Reigen der Gratulanten. Ihm folgten die Vertreter vom Bezirk Darmstadt, Mainz, Weßlar, vom Ortsverein Biebrich, Rheingau, Sachsenburg, vom Ortsauschuss Limburg des DGB, der Sparten und des Bildungsverbandes und des Gesangsvereins „Gutenberg“ (Wiesbaden). Die Gratulanten überreichten ein Jubiläumsgeschenk, wofür ihnen auch an dieser Stelle nochmals der herzlichste Dank ausgesprochen wird. Namens der Stadt Limburg sprach Bürgermeister Dr. Kriemann unsere herzliche Worte. Er betonte die vorbildliche Arbeit unserer Organisation, die Wert lege auf ein Arbeiten nach innen, für Kunst und Wissenschaft, und so ein Führer zum Nutzen der Allgemeinheit würde. Im Auftrag des Ortsvereins wurden dann durch den Kollegen Böhm vier Gründer des Ortsvereins, Franke, Scherer, Schmied und Köhrig, geehrt. Nun folgte ein Sprechchor der Limburger Jungbuchdrucker: „Das Wort.“ Diese Aufführung ist der jungen Schar meistherhaft gelungen und sie wurden von einer andächtigen Zuhörerschaft durch reichen Beifall belohnt. Möge dieses ein Ansporn für ihre Bewegung sein. Nicht zuletzt müssen noch die Leistungen des Vortragskünstlers Rita Eggmeier und der Sängerin Margot Schmidt (beide aus Frankfurt) hervorgehoben werden, die mit ihren vortrefflichen Darbietungen die Festteilnehmer sehr erfreuten. Das Orchester leitete mit einem Festmarsch zum gemühtlichen Ziel über, und ein Festball hielt die anwesenden Gäste und Kollegen noch lange in fröhlichkeit zusammen. Man schied mit dem Bewußtsein recht froh verlebter Stunden voneinander. Eßt buchdruckerlicher Geist beherrschte das Zusammensein bis zum Schluß. Der Ortsverein Limburg im Verband der Deutschen Buchdrucker kann stolz auf seine 25jährige Jubiläumssfeier zurückblicken. Allen, die zum guten Gelingen des Festes beigetragen haben, gebührt der Dank des Ortsvereins. Besonders aber auch sei den Firmen Limburger Vereinsdrucker, Wilhelm Wündel G. m. b. H. und Gustav Jäger für die unentgeltliche Herstellung der geschmuckten Druckbogen und den Firmen Papier-Großhandels-Gesellschaft Eisen, Jägerstraße Papiergroßhandlung, Frankfurt am Main, Chr. Hofmann G. m. b. H., Cella, unfer herzlichster Dank ausgesprochen.

**Ludwigshafen a. Rh.** Unfer Bezirksversammlung am 22. Juni in Speyer a. Rh. hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Die Kollegen aus Grünstadt, Frankenthal, Ludwigshafen und Speyer waren zahlreich erschienen und wurden vom Kollegen Ditsch namens des Ortsvereins Speyer herzlich begrüßt, dem sich der Vorsitzende Kollege Casper (Ludwigshafen) mit Begrüßungsworten anschloß. Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte der Gesangsverein „Gutenberg“ den Chor „Johannistag“ zum Vortrag. Sodann gab der Vorsitzende unter „Gesellschaftliche“ einige Mitteilungen bekannt, wobei auch ein Protestschreiben des Ortsvereins Grünstadt betr. Arbeitslosenfrage an den DGB, und die Stellungnahme der Ortsvorsitzendenschaft gebilligt wurde. Von einem verlustigen Lohnabnahm einer Mannheimer Großdruckerei gab er ebenfalls Kenntnis und glaubte, daß dies in anderen Druckereien ebenfalls verlustig wird. Dabei wurde angeregt, dies den höheren Instanzen mitzuteilen. Aus der Begrüßungsabteilung wurde ein Kollege in den Verband übernommen, ein anderer Kollege wurde wegen Resten ausgeschlossen. Sieben Kollegen übermittelte der Vorsitzende für 25jährige Mitgliedschaft namens des Vorstandes herzliche Glückwünsche. Zum Jubiläum des Ortsvereins Limburg a. d. R. wurde ein Telegramm abgefaßt. Zur Reichsversicherungsreform verlaß Kollege Casper die Vorschläge der Arbeitgeber und bittet geharnischte Proteste einzulegen. Den Kassierbericht für das erste Quartal gab Kollege Geiger. Am Ende des Quartals waren 399 Gehilfen und 76 Lehrlinge und ein Kassierbestand von 323,61 M. vorhanden. Auffallend war dabei die hohe Summe für die Durchreisenden. Auf Antrag der Neuzugeworbenen, welche die Kasse in bester Ordnung gefunden

haben, folgte Entlastungserteilung des Kassierers. Es folgte die Neuregung des Bilanzums an Durchreisende. Die bisherigen Zahlungen sind auf die Dauer nicht tragbar und ein Abbau notwendig. Der Kassierer machte eine ungefähre Zusammenfassung, so daß wir im Laufe des Jahres 900 bis 1000 M. aus der Bezirkskasse zufließen mußten. Über diese Angelegenheit wurde eine reichliche Aussprache gepflogen und ein Antrag angenommen, der ab drittes Quartal 1 M. für Bezugsberechtigte und Nichtbezugsberechtigte und 1,50 M. für Ausgewertete vorsieht. Unter Punkt 4 hielt Kollege Casper unter „Küßblide“ einen Vortrag über die Tätigkeit der Vertrauensleute, Funktionäre und der Vorstände. Hierbei kam er auch auf die früheren Lebenswege unseres jetzt erkrankten Gauvorstehers Conrad ab die Franzosen zu sprechen. Seine kindlichen Ausführungen waren für die Anwesenden interessant, zudem er nun etwas freier reden konnte. Er erwähnte auch, daß ein dritter Gauangestellter notwendig wurde, indem das Saargebiet, so hoffe er, bald wieder zum Mutterland kommt. Mit den Worten „Es muß einst gelingen“ schloß er seine Ausführungen, die reichen Beifall fanden. Der zweite Vorsitzende dankte namens der Versammlung für die interessanten Ausführungen und brachte ein Hoch auf den Verband aus. Hierauf konnte der Vorsitzende die harmonisch verlaufene Versammlung beenden. Der Gesangsverein gab der Versammlung mit einem Schlußlied einen würdigen Abschluß. Nach Einnahme des Mittagessens marschierten die Teilnehmer mit den Angehörigen unter Vorantritt der Speyerer Stadtkapelle und der Jungbuchdrucker durch die Stadt zum freien Athletenheim, wo das Johannistfest abgehalten wurde. Unter schattigen Bäumen und im geräumigen Saal mochte sich bei Musik, Gesang, Tanz und Preisquadräteln bald ein kollegiales Treiben bemerkbar und den Festteilnehmern wurden einige recht vergnügte Stunden geboten. Mit Anbruch der Dunkelheit traten die Auswärtigen die Heimreise an. Dank den freien Athleten für das zur Verfügung gestellte Heim und allen sonstigen Mitwirkenden.

**Mainz.** Eine Johannistfeier von ganz besonderer Bedeutung und vorbildlicher Art veranstaltete zum diesjährigen Johannistfest der Inhaber der Firma Zaberndt in Mainz, Herr Franz Kugen, ein weit über die deutschen Gauen hinaus bekannter Fachmann und Vorkämpfer auf dem Gebiete der Qualitätsdrucke. An die alte Tradition anknüpfend, hatte Herr Kugen am 24. Juni sein gesamtes Personal zu einer Johannistfeier eingeladen, um das Andenken an unsern großen Meister Gutenberg in vorbildlicher Weise zu feiern. Am Nachmittag ruhte der Betrieb und nach halbtündiger Rast mit dem Motorboot „Groß-Mainz“ vereinigte sich sämtliche Angehörige des Betriebes in dem schönen Rheindorfer Giesheim. Zur Feier war auch der Bezirksvorsitzende Karl Weirich sowie der Direktor des Gutenberg-Museums, Herr Dr. A. Ruppel, eingeladen. Herr Franz Kugen legte in kurzen Ausführungen die Gründe dar, die ihn zu dieser Feier bewogen haben. Er wünschte, daß das gemeinsame Gedenken an Gutenberg und seine große Erfindung und ein kameradschaftliches geistliches Zusammenarbeiten uns über die Unbill der Zeit hinweghelfen möge. Herr Direktor Dr. Ruppel und Bezirksvorsitzender Weirich fanden ebenfalls der Feier entsprechende Worte. Nach gemeinsamem Gesang eines Buchdruckerliedes erreichte die Feier ihren Höhepunkt in der Vornahme der ersten traditionellen Buchdruckerfeier. Fünf Kollegen wurden am Namenstag des Altmeyers künftig gegaußelt. Mit Wasser wurde bei dieser Gelegenheit in Anbetracht der Nähe des Rheins nicht gespirt. Bei Gesang und Tanz verging die Zeit nur allzu schnell. Die vorgerückte Abendstunde mahnte gar bald zum Aufbruch und mit Gesang und Fröhlichkeit landete man nach einer schönen Abendstunde auf dem Rhein wieder in der Heimat.

**Donauw. (Haidfelder.)** Am 1. Juni hielten wir unsere Mitgliederversammlung ab. Vorstehender Theres begrüßte die Erschienenen mit herzlichen Worten, ein besonderer Gruß galt dem Gewerbeoberlehrer Herrn Schilling. Anschließend wies er auf die in Hannover am 17. August stattfindende Wanderversammlung hin, zu der laut Vorstandsbefehl aus der Kasse ein Betrag gewährt werden soll. Gleichfalls freifte er den Matern austausch, der in Hannover in großen Ausmaßen betrieben, aber durch Einspreizten des Vorstandes der dortigen Handfegervereinigung unterbunden wurde, so daß etliche Kollegen neu eingestellt werden konnten. Ein in der Vorstandssitzung angeregter Lichtbildvortrag erweckte lebhaftes Interesse. Derselbe wird von Konrort Entke gehalten werden. Als Vokal ist Fleddermann, Haster Turm, auszuführen. Zeitpunkt und Thema bleiben dem Vorstand überlassen. Weiter wies der Vorsitzende auf die neuen Bestimmungen im Tarif hin, wonach keine Handfeger mehr zur Entlassung kommen dürfen, so lange Maschinenfeger im Sandjak beschäftigt werden. Sollten irgendwelche Mängel vorliegen, so sind diese sofort dem Vorstand mitzuteilen. Kollege Kabes gab den Kassierbericht vom ersten Quartal. Der Kassierbestand ist befriedigend. Den Höhepunkt erreichte die Versammlung durch den Vortrag des Herrn Gewerbeoberlehrers Schilling, der betitelt: „Der Ursprung der Schrift.“ Zunächst nahm Vortragender Stellungnahme zu den Dingen der Gegenwart und erwähnte die Faktoren der Kultur- und Entwicklung. Die Förderung dieses Triebes durch Sexualtrieb, Wirtschaftskampf, Einfluß von Land und Klima, Eroberungslust und Beherrschung. Die Uranlage der Schrift seien das äußerliche normale Abhängigkeitsverhältnis zwischen Wort und Bild. Diese Entwicklungsstufen wurden unterstützt durch Forschung und Fände. Ferner gehörten die Höflichkeitserwägungen sowie die Bemalung der menschlichen Haut (Tätowierungen) wie Tapferkeits- und Stammeszeichen, die auch übertragen wurden auf Gebrauchsgegenstände und Gerätschaften, zu den Uranlagen. Die direkte Entwicklung der Schrift ist durch das Bild hervorgegangen, welches bei den Jägerbüßern als gutes Ausdrucksmittel galt. Alsdann folgte das Piktogramm, die konventionelle Abbildung des Bildes; das Ideogramm, die Entwicklung von dem Gedanken zu einem bestimmten Wort zum Symbol; das Phonogramm, die Entwicklung der Schrift zum Lautzeichen. Symbolische Formen sind: Dunkelheit = Sonne unter dem Baum; Licht = Sonne über dem Baum. Anschließend kam Vortragender auf die Wortförmigkeit in China zu sprechen. Hier war das Phonogramm die Grenze der chinesischen Schrift. Dieses Land hat sehr viel einflussige Worte, darunter 451 schriftlich zu unter-

(6,95 M.). Der Durchschnittspreis für Schulbücher beträgt 1,86 M. Die 466 Bücher der Gruppe B: Turnen, Sport; Spiele; Sammelwesen; Geselliger Verkehr kosten durchschnittlich 2,82 M. Gegenüber dem Jahre 1928 trat eine Erhöhung der Bücherpreise um 10,1 Proz. im Mittel ein. War der Durchschnittspreis für Bücher im Jahre 1908 nur 3,48 M., so stieg er bereits im Jahre 1913 auf 4,07 M. und seitdem anhaltend weiter auf 5,62 M. im Jahre 1928 und 6,19 M. im Berichtsjahr. Wir sehen daraus, wie auch der Buchhandel der Geldentwertung gefolgt ist. Vielleicht ist mancher Verleger dabei mehr als gerechtfertigt über das notwendige Maß hinausgegangen. Doch das ist ein Kapitel für sich. Der jetzige Durchschnittspreis steht, das wird wohl auch von den Buchhändlern selbst nicht bestritten, in einem starken Gegensatz zur Kaufkraft der Bücherkonumenten. Von den Verlagszeugnissen sind 26 130 einschließlic 1221 Übersetzungen in deutscher Sprache und 872 in fremden Sprachen erschienen. Bei der Statistik von Schöndrod sind die Zeitschriften nicht berücksichtigt worden. Rechnen wir die im Jahre 1929 nach „Spektrums“ Zeitschriften- und Zeitungsabrechnung für 1930“ (56. Ausgabe) verzeichneten 7303 Zeitschriften zur verlegerten Produktion dazu, so ergibt sich eine Gesamtzahl von 34 305 bibliographisch erfahnten Einheiten.

Leider fehlen noch genauere Angaben über den Umfang der einzelnen Werke. Wegen dieses Mangels lassen sich einwandfreie Schlussfolgerungen aus der Statistik über die Verlagszeugnisse nicht ziehen. Wer wollte auch etwa entscheiden: welche Bücher des vergangenen Jahres waren gut, welche schlecht? Welche Bücher und Schriften waren notwendig, welche überflüssig? Da müssen wir schon von Fall zu Fall den Kritiker zu Rate ziehen oder uns selbst durch eigenes Lesen ein gerechtes Urteil zu bilden. Denn darauf kommt es ja schließlich an, was die Bücher uns zu sagen haben.

W. R o t h e n f e l d e r.

scheidende Agenturen. Insgesamt 1200 Worte, die mehrererlei Bedeutung und eine 20jährige Erlernung zur Folge haben. Weiter ging man zur Silbenschrift in Japan über, wo noch vor 2000 Jahren die chinesische Schrift vorherrschend war. Japan hat mehrsilbige Worte und Silbenzeichen: 15 Konsonanten, 5 Vokale = 75 Verbindungen. Die Sprache hat 47 Silben = 47 Silbenzeichen, das bedeutet eine schnellere Erlernung im Lesen und Schreiben. Gestreift wurde noch die Hieroglyphenschrift der Ägypter, deren Anzeichen des Lautzeichens zur Entwicklung der Lautschrift beigetragen haben. Vortragender schilderte hier die Eigenart der Entwicklung der Schrift, wenn ein Volk das schriftliche Ausdrucksmittel eines andern Volkes übernimmt (Japan-China). Auch fanden die gotischen Künstschriften und deren symbolischen Zeichen, die bei den Germanen und bis zum Christentum hinein erhalten waren sowie die assyrisch-babylonische Keilschrift mit ihrer hoch entwickelten Silbenschrift, eine besondere Beachtung. Damit war der Ursprung der Schrift, in deren Anfang das Bild der untersten Kulturstufen eine bedeutende Rolle hatte, mehr oder weniger entwirrt. Der überbleibende Teil waren Darstellungen und Symbole, dann entwickelte sich im Laufe der Zeit das Wort, Silben- und Lautzeichen. Die heutige Schrift entspricht den Bedürfnissen. Aussicht der Weiterentwicklung ist gegeben durch Weltwirtschaft, Handelsprache und Schrift sowie Stenographie. Ueblicher Beifall lohnte dem Vortragenden am Schluß seines schreibenden Vortrages, der dank der vom Vortragenden selbst angefertigten Skizzen und Erläuterungen den Anwesenden einen tieferen Einblick in die Entstehung der Schrift gewährte. Vom Vortrage wurde Herrn Schilling der Dank im Namen der Vereinigung ausgesprochen. Unter Punkt „Verschiedenes“ übermittelte der Vortrage die Mitteilungen von der Zentralkommission. Eine lebhafte Debatte erregte der Lohnunterschied zwischen Hand- und Maschinensehern, bei dem man betonte, daß gerade auf diesem Gebiete noch ein besonderer Schritt unternommen werden muß. Die Versammlung verlief sehr anregend.

**Allgemeine Rundschau**

**Meisterprüfung.** Die Meisterprüfung bestand vor dem Prüfungsausschuß der Gewerbelammer Leipzig der Schriftseher Gustav Hauke in aus Melle.

**Runde für Meisterprüfung in Stuttgart.** Das Landesgewerbeamt beabsichtigt in Zusammenarbeit mit der Handwerkerkammer Stuttgart und dem Verein der Stuttgarter Buchdruckerbesitzer bei genügender Beteiligung in Stuttgart am September 1930 einen dreitägigen Tageskursus für Buchdrucker zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung nach folgendem Lehrplan zu veranstalten: 1. Kostenberechnen; 2. Buchführung; 3. Handelsrecht; 4. Gesetzes- und Bürgerkunde; 5. Materialkunde. Zugelassen zu dem Kursus werden Gesellen, die nach bestandener Gesellenprüfung mindestens vier Jahre praktische Tätigkeit als Geselle nachweisen. Unterrichtsgeld 50 M. Im Falle besonderer Bedürftigkeit kann einzelnen Teilnehmern das Unterrichtsgeld ganz oder teilweise erlassen werden. Anmeldungen mit Angabe über Dauer der gewerblichen Tätigkeit, die im Handwerk abgelegten Prüfungen und den Schulbesuch bis spätestens 20. August 1930 an das Sekretariat des Landesgewerbeamts in Stuttgart, Rühlstraße 18, in den Räumen des Buchdrucker-Vereins entgegen zu nehmen.

**Gesellen- und Zwischenprüfungen im Handwerkskammerbezirk von dem Fachschulamt Nürnberg.** An der Ende Mai stattgefundenen Gesellenprüfung haben sich 42 Seher und 21 Drucker beteiligt. Die Prüfung wurde in der Fachschule für Buchgewerbe und Graphik durchgeführt. Die Prüfungsarbeiten wurden wie im Vorjahre zu einer Ausstellung für den Buchgewerbeausschuß verwendet. Vier Prüflinge erhielten für vorzügliche Leistungen eine Prämie von je 25 M. in Form eines Sparbuches (Spende der Firma Ziegel); ferner erhielten noch 24 Prüflinge Geldpreise im Gesamtbetrag von 240 M. durch den Verein Nürnberger-Fürther Buchdruckerbesitzer. Das Ergebnis der Prüfung ist folgendes: Seher Theoretische Note I 3, II 21, III 13, IV 4; Praktische Note I 2, II 23, III 15, IV 2; Drucker: Theoretische Note I 6, II 12, III 3, IV 0; Praktische Note I 4, II 12, III 5, IV 0. Demnach haben zwei Seher die Gesellenprüfung nicht bestanden; der Fachschulamt hat nun zu unteruchen, bei wem die Schuld liegt. — Die Zwischenprüfung wurde in den Tagen vom 8. bis 11. Juli gemäß § 29 der Lehrlingsordnung abgehalten. An der Prüfung nahmen teil die Lehrlinge aus Nürnberg, Fürth, Erlangen, Regensburg, Eichstätt, Weidenburg, Hilpoltstein, Roth und Zirndorf. Außerdem finden noch Prüfungen statt in den unterausgeführten Ausbuden und Orten. Die Prüfung wurde an der Fachschule in Nürnberg unter gütiger Mitwirkung der Fachlehrerkollegen durchgeführt. Geprüft wurden insgesamt 35 Seher und 16 Druckerlehrlinge. Das erzielte Ergebnis ist folgendes:

Seher:		
Theoretische Prüfung:	20 Gut, 14 Genügend, 1 Ungenügend	
Praktische Prüfung:	7 Gut, 24 Genügend, 4 Ungenügend	
Drucker:		
Theoretische Prüfung:	4 Gut, 11 Genügend, 1 Ungenügend	
Praktische Prüfung:	5 Gut, 11 Genügend, 0 Ungenügend	
Die Ergebnisse in den einzelnen Fächern sind folgende:		
Bei den Sehern:		
Diktat	20	4
Verständliche Fragen	23	7
Rechnisches Rechnen	18	6
Walter Sab	11	0
Rechtskunde	8	2
Rechtskunde (Tabelle)	9	5
Bei den Druckern:		
Diktat	4	2
Verständliche Fragen	7	0
Rechnisches Rechnen	1	1
Schnelldruck — Theat.	6	10
Ausdrücken	16	0
Formatausdrücken	3	13

Von dem erzielten Ergebnis des einzelnen Lehrlings wurden die einzelnen Lehrherren schriftlich verständigt mit einem eventuellen Hinweis auf die Fächer, in denen der Prüfling die Erwartungen nicht erfüllt hatte. — Die Prüfung ergab auch, daß bei den Ergebnissen der auswärtigen Teilnehmer sich der Mangel einer guten Berufsausbildung bemerkbar machte. Es wurde bereits in Erwägung gezogen, die Möglichkeit zu schaffen, allen auswärtigen Lehrlingen den Besuch der Nürnberger Fachschule zu ermöglichen.

**Kasch tritt der Tod den Menschen an.** Am vergangenen Sonntag in der Morgenfrühe fuhr der bei der Firma Starke & Söhne in Großhain in der Lehre stehende Schriftsetzerlehrling Fritz Kretschmar, der im letzten Jahre seiner Lehrzeit stand, mit andern Angehörigen seines Vereins nach Coswig. Dort beteiligten sich zwei Großhainer Mannschaften an Wasserballspielen anlässlich des dort im neuen Gemeindefest am Nachmittag abgehaltenen Schwimmfestes. Die Spiele waren ordnungsmäßig zu Ende gebracht. Zweimal fünf Minuten war gespielt worden. Kretschmar kam aus dem Wasser, trocknete sich ab, setzte sich hin. Hier wurde er von Krampf befallen. Doch nach Hilfe durch die Samariter kam er wieder zu sich, nämlich nach seinem Namen, verlor dann aber aus neue die Besinnung und verschied. Der alsbald eingetretene Arzt vermochte nur den durch Herzschlag eingetretenen Tod festzustellen. Der Verstorbene hatte gerade seinen letzten Arbeitsstag, dieser wurde aber zum letzten Tage seines Lebens.

**Gesellerte Lohnverhandlungen in der Holzindustrie.** Den gegenwärtigen Bestrebungen des gesamten Unternehmertums entsprechend, hatte auch der Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe die zum 1. August ablaufenden Lohnabkommen gekündigt. Weshalb wie die Unternehmer sind, verlangten sie eine Senkung der Spitzenlöhne um 6 bis 9 Pf. die Stunde; für die Mustinstumenten- und Stuhlindustrie sogar eine solche um 17 bis 23 Pf. die Stunde. Dem stellten die Unterhändler der Arbeiterchaft eine Forderung auf Erhöhung der Spitzenlöhne um 4 Pf. pro Stunde für alle Tarifgebiete und die entsprechende Erhöhung der bestehenden Stundenlöhne und Affordräge entgegen. Da eine Verständigung der Parteien über die beiderseitigen Forderungen ergebnislos verlief, hätte nach den Vorschriften des noch bis zum 15. Februar 1931 gültigen Manteltarifs die Anrufung des Lohnrates erfolgen müssen, zu dem die Parteien je fünf Beisitzer ernennen, während der unparteiliche Vorsitzende gemeinsam von den Parteien berufen oder im Nichtverständigungsfall vom Reichsarbeitsministerium bestellt wird. In dieser letzten Möglichkeit eines ordnungsmäßigen Verlaufs der Verhandlungen hatten die Unternehmer ein und legten den Vertretern der Arbeiterchaft eine schriftlich formulierte Erklärung vor, die wir ihrer Unerschämtheit wegen hier wörtlich wiedergeben: „Wir sind bereit, dem Reichsarbeitsministerium gemäß § 1 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Lohnrates die Auswahl des unparteilichen Vorsitzenden zu überlassen, sofern die Arbeitnehmerseite uns die Erklärung abgibt, daß Herr Professor Dr. Braun als unparteilicher Vorsitzender für unser Lobnam nicht in Frage kommt.“ Abgegeben davon, daß ja mit diesem Vorgehen von einer Unparteilichkeit nicht mehr gesprochen werden konnte, wußten die Unternehmer sehr genau, daß die Arbeitervertreter eine solche auch gegen Professor Braun ganz ungerechtfertigte Inzime ablehnen würden. Und das hatten sie gewollt. Damit tritt ab 1. August bezüglich der Löhne ein vertragloses Zustand ein, den die Unternehmer mit der ihnen eignen Brutalität zum Abbau der Löhne und Affordräge auszunutzen gedenken. Demgegenüber ruft die „Holzarbeiter-Zeitung“ ihre Kollegen zur Abwehr auf und sagt: „Holzarbeiter, seid auf der Hut! Ihr seid nicht wehrlos. Insbesondere sind die Bestimmungen des Mantelvertrages über die Affordrbeit zu beachten. Auch wenn kein Vertrag geschlossen worden ist, darf der Unternehmer die Affordrbeit nicht einseitig aufheben. Das die Betriebsvertretung oder die Affordrkommission, die auf Grund des Mantelvertrages zur Festsetzung der Affordrpreise hinzu zu ziehen ist, dem abbauwütigen Unternehmer dieses Geschäft nicht erleichtert wird, darf man erwarten.“ Das möchten auch wir bei den gut organisierten Holzarbeitern voraussetzen.

**Großer Rückgang der Konturze.** Im Monat Juni sind die wenigsten Konturze im laufenden Jahr zu verzeichnen. Sie sind gegenüber dem Monat Mai um 204 auf 839 zurückgegangen. Auch der materielle Umfang der Zahlungseinforderungen ist durchschnittlich niedriger. Anders ist die Entwicklung bei den Vergleichsverfahren verlaufen. Sie gingen von 684 auf 609 zurück. Im Vorjahre wurden nur 377 Vergleichsverfahren eröffnet. Dieser Rückgang der Konturzeiffer um rund ein Fünftel deutet darauf hin, daß sich die Verhältnisse in der Wirtschaft zu konsolidieren scheinen. Wir würden es weit eher begrüßen, wenn auf dem Arbeitsmarkt sich ein gleich günstiger Umschwung bemerkbar machte. Aber hier werden die Verhältnisse eher noch schlimmer.

**Der Umfang der öffentlichen Fürsorge im Deutschen Reich.** Im ersten Juliheft von „Wirtschaft und Statistik“ werden die Ergebnisse der Reichsfürsorgestatistik für das Rechnungsjahr 1928/1929 veröffentlicht, die über Umfang und Personenzahl der öffentlichen Fürsorge aufschlußreiche Kenntnisse vermitteln. Die Zahl der laufend unterstützten betrug 1928/1929 rund 2,5 Millionen Personen, das sind 120 000 mehr als im vorausgegangenen Jahr. Da Arbeitslosigkeit und sonstige Notlagen erfahrungsgemäß den Landbewohner, der sich vielfach ohne Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge durchhelfen kann, weniger hart treffen als den Städter, entfielen mit 1,5 Millionen die größere Zahl der Fürsorgeunterstützten auf die Städte, trotzdem die ländlichen Bezirksfürsorgeverbände rund 60 Proz. der Bevölkerung umfassen. Unter den Hilfsbedürftigen spielen die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen eine verhältnismäßig geringe Rolle, da ihre Versorgung auf Grund besonderer reichsgesetzlicher Regelung gewährleistet ist. Auch die Zahl der Klein- und Sozialrentner erhöhte sich im Berichtsjahr kaum. Die größte Gruppe, auf die auch fast der gesamte Zuwachs im Jahre 1928/1929 entfiel, ist die Gruppe der „sonstigen“ Hilfsbedürftigen, die wegen besonderer Verhältnisse (Kriegsängst, Konjunktur, Absperrung, Streik, Ausscheiden aus dem allgemeinen Arbeitslohnversicherung und Krisenfürsorge) hilflos bedürftig wurden. Diese Gruppe umfaßte 1,3 Millionen Menschen, was 52,03 Proz. der gesamten Fürsorgeunterstützten entspricht. Im Reichsbuchdruck kommen (31. März 1929) auf 1000 Einwohner 28,65 Fürsorgeunterstützte. Diese Verhältniszahl ermäßigt sich in den ländlichen Bezirken auf 22,40, steigt dagegen in den Städten auf 37,73. In Berlin lag er auf 45,64. Die Gesamtkosten der öffentlichen Fürsorge betragen 1483 Mill. M., gegen 1287 Mill. M. im vorausgegangenen Jahre, was eine Steigerung um 228 Mill. M. bedeutet. Diese wurde die schlechteste wirtschaftliche Entwicklung in erster Linie bedingte Zunahme der Fürsorgefähigkeit trifft vor allem die Städte, deren

Finanzen gerade in der gegenwärtigen Zeit größter Massenarbeitslosigkeit und sonstiger Wirtschaftsnöte durch die steigenden Fürsorgekosten in immer größerem Bedrängnis geraten.

**In einem halben Jahr 34 610 Klagen.** Ein Blick in die neueste Statistik des Berliner Arbeitsgerichts gibt interessante Aufschlüsse über die Entwicklung der Arbeitsstreitigkeiten im letzten halben Jahr. Die neuen Zahlen umfassen die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1930, die man mit den Ergebnissen der gleichen sechs Monate des vorigen Jahres vergleichen muß. Die Zahl der eingereichten Klagen ist nur um 7 1/2 Proz. gestiegen. Mit 11 156 Vergleichen wurden 1929 44 Proz. aller Fälle erledigt, mit 13 146 in diesem Jahr nur 38 Proz. Dieses Jahr mußten 5478 Urteile gefällt werden, ebenfalls 15 Proz. mehr als im vorigen Jahr. An der Spitze stehen die zahllosen Prozesse der entlassenen Angestellten mit 13 446 Klagen, das sind noch 33 Proz. mehr als im vorigen Jahr. Bei den Industriearbeitern hat sich nicht viel geändert: Metallarbeiter hatten 1929 noch 3397 Klagen eingereicht, dieses Jahr nur 3192, Textil- und Bekleidungsarbeiter hingegen um eine unbedeutende Zahl auf 1869. Bauarbeiter hatten 2175 Klagen aufzuweisen gegen 1889 im Vorjahr. Land- und Forstarbeiter sind merkwürdigerweise um 41 Proz. gestiegen, von 378 auf 534. Das die Hausfrauen, wenn das Geld knapp wird, leider sehr oft an der falschen Stelle mit Sparen beginnen, zeigt die unverhältnismäßig starke Zunahme der Klagen von Hausangestellten. Die Steigerung von 1886 auf 2683 Fälle, um mehr als 36 Proz., zeigt deutlich, daß sich Differenzmöglichkeiten in diesem Bereich in schlechten Zeiten weit härter bemerkbar machen als in andern Arbeitsverhältnissen. Wiederrum, genau wie in früheren Jahren, ist eine steigende Inanspruchnahme des Beschlußverfahrens zu konstatieren. Die Anträge auf Beschlußfassung über Anfechtung oder Anerkennung eines Betriebsratswahl, Abhebung eines Betriebsratsmitglied und veränderte Fragen sind um 33 1/2 Proz. gegen das Vorjahr gestiegen. Es handelte sich in diesem Jahr sehr häufig um ernste politische Kämpfe und um die Vertretung sehr wichtiger Nachstellungen. Die meisten betraglichen Beschlußanträge kamen vor die Kammer der Angelegten bei Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts, sowie vor die Sachammer für die Metallindustrie, die graphischen Betriebe (1), Transport- und Reichsbahnarbeiter. Daß das graphische Gewerbe ausgerechnet zur Steigerung des Beschlußverfahrens mit beigetragen hat, ist wieder ein neuerlicher Beweis dafür, wie unreif Prinzipale doch bemüht sind, den Frieden im Gewerbe zu erhalten.

**Deutsche Verfassung, ein heißes Gebiet.** Bei einem Presseempfang des Reichsverbandes deutscher Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen betonte der Referent die parteipolitische Neutralität des Verbandes. Vom Vertreter des „Vorwärts“ gefragt, wie der Reichsverband über diese parteipolitische Neutralität hinaus zur verfassungsmäßigen Staatsform der demokratischen Republik stehe, erwiderte der Verbandsvertreter, daß diese Frage ein heißes Gebiet der hohen Politik berühre. Der Verband stehe der Republik nicht feindselig gegenüber. Aber viele Kriegsteilnehmer hielten die alte Staatsform für besser als die heutige, und da dem Verbands als Hauptziel die Zusammenfassung aller Kriegsteilnehmer am Herzen liege, müßten sich die Bestrebungen des Verbandes ablehnen. Nach dieser Erklärung wurde es für jedes Kriegsspiel, das Anhänger der Republik ist, klar: Es gibt nur einen Bund, dem man angehören kann, dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, der sich rückhaltlos zur Republik bekant hat.

**Die Familienanzeige in der Zeitung.** Rund 150 Jahre sind es jetzt her, daß die erste Familienanzeige in einer deutschen Zeitung erschien. Es war eine Traueranzeige, die durch diese Art der Verknüpfung des familiären Ereignisses Staunen erregt hat. Doch man gewöhnte sich dann an diese neue Art der Kundgebung durch die Zeitung, und in drei Jahren brachte es dieses erste Blatt, das Familienanzeigen bekanntgab (es war in Kofort), auf 55 Anzeigen dieser Art. Doch nur langsam wurde die Familienanzeige allerdings in andern Städten Brauch. Zuerst in Berlin. Dann in Leipzig. Zu den Traueranzeigen kam auch (sieben Jahre nach der ersten Traueranzeige) die Vermählungsanzeige, und es dauerte und 30 Jahre, bis die erste Verlobungsanzeige erschien. Die Zeit schritt damals langsamer als heute. Wir können es uns nicht vorstellen, daß solch ein praktisch-brauchbarer neuer Gedanke in unserer schnelllebigen Zeit 30 Jahre gebrauchen würde, um allgemeine Anerkennung gefunden zu haben. Trotzdem muß man sich wundern, daß in dieser Zeit, die ohne die Presse einfach nicht zu denken ist, noch nicht alle Leser einer Zeitung ihre Blatt auch regelmäßig für Familienanzeigen benutzen. Dieses Bedürfnis, ein Familienereignis allgemein mitzuteilen, tritt schon in den ältesten Zeiten hervor. Allerdings konnte die Masse des Volkes damals weder lesen noch schreiben, und darum war man auf sinnbildliche Darstellungen angewiesen. So stellte man bei der Geburt eines Knaben eine Urte, bei der Geburt eines Mädchens eine Spinndel vor die Tür. Und bei dem engen Zusammenwohnen in kleinen Gemeinden war das Familienereignis bald allen bekannt. Einen weiteren Kreis konnte die Werbung eines Familienereignisses erst fassen, als die Schrift ihren Einzug gehalten hatte. Aber die Schreibkunst war lange das Vorrecht der Kleriker, und darum finden wir dort zuerst die Verbreitung von schriftlichen Anzeigen über den Tod eines Ordensmitgliedes, bis auch die Reichen und Vornehmen von dieser Methode Gebrauch machten. Zeitung und allgemeine Schulspflicht haben dann dieses einstmalig Besondere und Privilegierte demokratisiert. Für wenig Geld kann heute jeder eine Verlobung, eine Vermählung oder dergl. kundtun, und alle Bekannten, Nachbarn, Gesinnungsgenossen können teilnehmen an dem Ereignis. Und es ist ja bekannt, wie groß noch heute das Interesse für die Familienanzeige ist. Jeder Leser der Arbeiterpresse kann darum sein Blatt fördern, wenn er durch Familienanzeigen weite Kreise seiner Gesinnungsgenossen an dem Ereignis teilnehmen läßt. Es ist ein ungeheures Stück Kulturgeschichte von der Spinndel vor der Tür bis zur Anzeige in der Zeitung, vom Vorrecht der Vornehmen auf Anzeigenbriefe bis zum Rechte, das heute der Schlichteste auf eine Anzeige hat. Diesen Weg sozialer Demokratisierung bemüht zu vollenden, ist die Aufgabe, die der Arbeiterpresse gestellt ist und für die sie um so wirkungsvoller schaffen kann, je mehr alle dem Ausbau und der Verbreitung ihrer Presse dienen.

